

26/1998

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir werden die Wahl am 27. September gewinnen

CDU und CSU haben ihre Pläne für eine große Steuerreform bekräftigt. Sie sei das „Schlüsselprojekt für die Zukunft“, sagte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, am 12. August bei der Vorstellung des dritten und letzten Teils der gemeinsamen Wahlplattform von CDU und CSU: Nur mit der Steuerreform können neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Bundeskanzler zeigte sich erneut zuversichtlich, daß die Koalition aus CDU/CSU und FDP die Bundestagswahl gewinnen werde. Die Wählerinnen und Wähler können nun erkennen, daß die Reformen der Bundesregierung ihre Wirkung entfalten und sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessern. Helmut Kohl: „Wir befinden uns auf einem guten Weg.“ In unserer Wirtschaftspolitik herrschen „Sicherheit, Verlässlichkeit und Stabilität“.

Fortsetzung auf Seite 3

● **Arbeitsmarkt**
Trendwende erreicht: Die heutigen Zahlen werden bald noch übertroffen. Seite 6

● **Lebenshaltung**
Peter Hintze: Stabile Preise gibt es nur mit der CDU. Seite 9

HEUTE AKTUELL

● **Wahlkampf**
Helmut Kohl auf Wählertour gegen Schröders „linke Tour“. Seite 14/15

● **Kurz & bündig**
Argumente: Kulturpolitik für das 21. Jahrhundert. Seite 33/34

● **UiD Extra**
1998–2002: Gemeinsame Wahlplattform von CDU und CSU, Teil III. Innenteil

● **Dokumentation**
Weltklasse für Deutschland. Musterrede für den Wahlkampf. Grüner Teil

1998 - 2002

Wahl- plattform



● Wahlplattform von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1998. Bestell-Nr.: 5488. Verpackungseinheit: 100 Expl. ● Preis je 100 Expl.: 50,00 DM

Kurz & gut

2,75 Prozent

Wachstum erwartet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im laufenden Jahr für Deutschland. Es wird sich 1999 auf etwa 3 Prozent beschleunigen, schätzt die 29 Länder umfassende Organisation in ihrem neuesten Deutschlandbericht.

Es geht wieder aufwärts

Auf dem deutschen Bau- markt ist nach Einschätzung der Hochtief AG (Essen) die Talsohle erreicht. Der rückläufige Trend des Vorjahres hat sich nicht weiter fortgesetzt. Um 15 Prozent sind die Aufträge im zweiten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen.

Mit etwa 630 Mio. Mark

hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt seit 1991 fast 1.200 Naturschutz- Projekte in den neuen Bundesländern gefördert. Damit ist über die Hälfte aller bislang bewilligten Mittel nach Ostdeutschland gegangen. Vor allem kleine und mittlere Firmen wie die Markranstädter Ceresan GmbH haben davon profitiert.

Es fehlen Fachkräfte

Die deutscher Wirtschaft sucht dringend Informatiker. Rund 30.000 EDV-Experten fehlen derzeit. Pro Jahr gehen 12.000 in den Ruhestand, 6.000 Diplominformatiker verlassen aber nur die Universitäten, und die Branche wächst jährlich um 15 Prozent.

Fast die Hälfte

der Ostdeutschen ist nach einer Forsa-Umfrage überzeugt, daß sich ihre persönliche wirtschaftliche Lage seit der Wiedervereinigung verbessert hat. 31 Prozent erklärten, ihre Lage sei unverändert.

Emnid: Die Eliten blicken optimistisch in die Zukunft

Geradezu enthusiastisch schätzen Deutschlands Führungskräfte die wirtschaftliche Lage ein. 83 Prozent von ihnen vergeben die Note „gut“. Im Sep-

tember 1997 waren erst 56 Prozent, im November 1997 71 Prozent davon überzeugt. Das Emnid-Institut hat im Auftrag der PR-Agentur Kohtes & Kle-

wes leitende Mitarbeiter von Bundesministerien, Chefredakteure und Ressortleiter führender Medien, Bundestagsabgeordnete sowie Politik- und

Wirtschaftsberater aus Unternehmen und Verbänden befragt. 62 Prozent der Führungskräfte sind davon überzeugt, daß sich die wirtschaftlichen

Verhältnisse in den nächsten zwölf Monaten weiter verbessern werden. 29 Prozent gehen davon aus, daß die Lage „gleich gut“ bleiben wird.

CDU

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR. 26

Die neuesten Arbeitsmarktzahlen sind der schlagende Beweis für die Richtigkeit der Reformen der Regierung Helmut Kohl.

CDU-Generalsekretär
Peter Hintze

Claudia Nolte: Es gilt auch weiterhin: Familien müssen Vorfahrt haben

Die Bundesfamilienministerin hat am 6. August in Erfurt mit der Vorstellung der "Familienagenda" die Bilanz der Familienpolitik der Bundesregierung gezogen.

Die wichtigsten Leistungen seit 1982:

- Die **Gesamtheit der finanziellen Leistungen** des Bundes zugunsten der Familien ist von 27,6 Mrd. DM im Jahr 1982 auf 76,6 Mrd. DM im Jahr 1997 gestiegen.
- Seit 12 Jahren zahlt der Bund ein eigenständiges **Bundeserziehungsgeld**, das inzwischen auf zwei Jahre nach der Geburt des Kindes ausgeweitet worden ist.
- In den ersten drei Jahren nach der Geburt ihres Kindes genießen Mütter oder Väter durch den **Erziehungsurlaub** Kündigungsschutz, wenn sie wegen der Erziehung des Kindes ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen.
- Die Erziehungslleistung von Müttern und Vätern wird seit 1986 auch bei der Rente anerkannt. Seit 1992 sind das drei Erziehungsjahre je Kind. Im Rahmen der 1997 beschlossenen Rentenreform haben wir die **Anerkennung der Kindererziehungszeiten** ab 1. Juli 1998 verbessert. Bis zum Jahr 2000 wird sie von bislang 75% auf 100% des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten angehoben.

- Im Kinder- und Jugendhilfegesetz wurde der **Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz** ab dem dritten Lebensjahr festgeschrieben.
- Im Rahmen der steuerlichen Berücksichtigung von **Kinderbetreuungskosten** erhalten Alleinerziehende den speziellen Haushaltsfreibetrag von derzeit 5.516 DM und Mehrbedarfzuschläge von 40% bzw. 60% für Alleinerziehende, die Sozialhilfe beziehen.
- Deutlich ausgebaut wurde der **Unterhaltsvorschuß** den der Staat für Alleinerziehende zahlt, wenn der Unterhalt durch den anderen Elternteil ausbleibt.
- Als flankierende Maßnahme zum Schutz des ungeborenen Lebens ist 1984 die **Bundesstiftung "Mutter und Kind"** eingerichtet worden. Bis heute konnte die Stiftung 1,3 Millionen Müttern mit insgesamt 2 Mrd. DM die Entscheidung für ihr Kind erleichtern.
- Seit 1996 ist die **Förderung der Wohneigentumsbildung** familienfreundlich umgestaltet. Dazu zählt vor allem die Umwandlung des alten Baukindergeldes in eine Kinderzulage von 1.500 DM sowie eine Eigenheimzulage in Höhe von 5.000 DM acht Jahre lang.
- Ab 1995 erhalten die zu Hause lebenden **Pflegebedürftigen** und ihre Familien ambulante **Pflegesachleistungen** bzw. **Pflegegeld**: 1997 im Gesamtaufwand von 12,5 Mrd. DM.

Die tragende Säule

des Aufschwungs in den neuen Ländern ist der Mittelstand. Die Schaffung und Sicherung von 3,2 Millionen Arbeitsplätzen geht auf das Konto der 521.000 mittelständischen Betriebe. Nach wie vor werden mehr Unter-

nehmen gegründet als liquidiert, und der Trend hält an. Mit 38 Mrd. DM Zuschüssen hat die Bundesregierung von 1990 bis 1997 Investitionen in Höhe von 181 Mrd. angeschoben und damit 583.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Wie im privaten Leben

„Wer Gast bei uns ist, der hat das Gastrecht zu beachten. Das ist wie im privaten Leben. Wenn Sie einen Gast einladen, und der bestimmt sich unmöglich, dann schmeißen Sie ihn raus. Warum soll das im

Staat anders sein? Wer das Gastrecht mißbraucht, den werfen wir raus – unter rechtsstaatlichen Bedingungen.“ – Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Bericht auf dem 10. Parteitag der CDU am 18. Mai in Bremen

Dr. Renate Köcher (Allensbach):

Die Skepsis weicht dem Hoffen auf Aufschwung

● Die Bevölkerung schöpft Hoffnung. Die Stimmungslage hat sich in den vergangenen Wochen entscheidend verändert. Lange hielt sich zäh die Skepsis der Bevölkerung, ob wirtschaftlich die Wende zum Besseren erreicht sei. Noch Ende Juni waren es mehr Menschen, die eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erwarteten, als auf eine Verbesserung hofften. Diese Skepsis ist stark zurückgegangen, in den alten wie neuen Bundesländern.

● Wirtschaftliches und politisches Klima sind eng verzahnt. Befragungen

von Führungskräften zeigen, daß die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Regierung steil angestiegen ist, parallel zu der zunehmend günstigeren Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung.

● In Zeiten der Zuversicht wächst in der Regel die Zustimmung zu den Regierungsparteien. Seit langem ist der eigentümliche Zusammenhang zwischen Optimismus und Sympathien für die Unionsparteien zu beobachten. Auch zur Zeit bildet die Zuversicht der Unionsanhänger einen auffälligen Kontrast zu dem Pessimismus und der Skepsis der SPD-Wähler. (FAZ, 12.8.)

Fortsetzung von Seite 1

Die Wahlentscheidung am 27. September ist eine „Richtungsentscheidung“ zwischen Koalition und Rot-Grün. Davon könne auch Schröder mit seinem „Gerede“ über eine große Koalition nicht ablenken, wo sich die SPD doch längst darauf festgelegt habe, eine Mehrheit gegebenenfalls sogar mit Unterstützung der PDS zu bilden.

Waigel: Union im Aufwind

Die Bundestagswahl wird nach den Worten des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, auch zu einer Abstimmung über die großen Steuerreform. Die Union habe alle Chancen, ihr Konzept durchzusetzen. Die SPD dagegen werde bei einer Wahlniederlage ihre „Blockade“-Politik nicht fortsetzen können.

30 Milliarden D-Mark soll nach dem Willen von CDU und CSU die Nettoentlastung betragen. Die von der SPD geplante Min-

deststeuer dagegen sei – so Waigel – eine Steuererhöhung für den Mittelstand und eine Katastrophe für Existenzgründer. Der anhaltende Aufschwung der Wirtschaft und die Wende auf dem Arbeitsmarkt werden täglich spürbarer, und zugleich verliere die SPD wegen der Unverbindlichkeit ihrer Politik an Boden. Die jüngsten Umfrageergebnisse zeigen: Die Unionsparteien befinden sich „im Aufwind“ zunehmender Wählergunst.

Mahnung zur Wachsamkeit

Aus Anlaß des Mauerbaus am 13. August vor 37 Jahren hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Bundesbürger aufgefordert, „jeden Tag aufs Neue für unsere freiheitliche Demokratie einzutreten“. Helmut Kohl: „Radikale – ob von links oder rechts – dürfen nie wieder politischen Einfluß in unserem Land gewinnen. Die strikte Einhaltung dieses demokratischen Grundkonsenses sind wir nicht zuletzt auch den Opfern von Mauer und Schießbefehl schuldig.“ ■

Zentrale Wahlkampf-Auftakt- Veranstaltung in Dortmund

Mit einer Großveranstaltung in Dortmund eröffnen wir unseren diesjährigen Bundestagswahlkampf.

An der Wahlkampf-Auftakt-Veranstaltung nehmen Spitzenpolitiker der CDU teil.

Wahlkampf - Auftakt '98

Westfalenhalle Dortmund
Sonntag, 23. August 1998

**Wahlkampf-
Auftakt '98**
Westfalenhalle Dortmund
Sonntag, 23. August
1998

Programm-Ablauf:

10.30 Uhr:
Einlaß in die Westfalenhalle

10.45 Uhr: Vorprogramm

- Volker Klimmer Band
- Blasorchester Günnigfeld
- Artistic Jumpers – Akrobatik pur
- Jugend-Blas- und Schauorchester Weimar
- Irvin Doomes und das Deutsche Fernsehballt
- Europa Park Rust

13.00 Uhr: Großkundgebung:

- Generalsekretär Peter Hintze
- Bundesministerin Angela Merkel

- Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble
 - Ministerpräsident Kurt Biedenkopf
 - Bundesminister Theo Waigel
 - **Bundeskanzler Helmut Kohl**
 - Bundesminister Norbert Blüm
- ca. 16.30 Uhr:

Ende der Kundgebung

Auch live im Fernsehen:

- Die Veranstaltung am 23. August wird live im Internet unter <http://www.cdu.de> übertragen.
- Der Fernsehsender Phoenix wird zum Wahlkampf-Auftakt am Montag, dem 24. August, ab 18.00 Uhr einen zweistündigen Bericht senden.
- Der Sender n-tv wird die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl live ausstrahlen.

Aktuelles Flugblatt für den Endspurt

Pünktlich zum Wahlkampfauftritt in Dortmund am Sonntag, den 23. August, wird die erste von insgesamt sechs Ausgaben eines doppelseitigen Flugblatts im A 4-Format für den Wahlkampf-Schlußspurt fertig sein.

Damit lösen wir die Reihe „Das Wichtigste der Woche auf einer Seite“ ab und greifen den Zeitungstitel „Deutschland am Wochenende“ aus früheren Wahlkämpfen auf.

● **Die Titelseite** (Abbildung oben rechts) wird komplett im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn hergestellt.

● **Die Rückseite** (Abbildung unten links) steht den Kreisverbänden und jedem, der sich an dem Flugblatt beteiligen will, zur Verfügung.

Das Standard-Layout ist als Vorschlag gedacht und soll es Ihnen erleichtern, Ihre Themen nach Textmengen-Vorgaben zu formulieren. Jede andere Aufteilung der Rückseite ist genau so gut möglich.



Folgender Ablauf ist vorgesehen:

- Spätestens Freitag morgen um 9.00 Uhr steht die Titelseite in KomSys, KandiNet und Internet. Sie kann auf Anforderung auch per Fax geschickt werden.
- Die Kreisverbände stellen die Rückseite fertig, lassen Vorder- und Rückseite drucken und organisieren die Verteilung.

Die Erscheinungstermine der Ausgaben zwei bis sechs:

- 28. August
- 4. September
- 11. September
- 18. September
- 25. September.

Für nähere Auskünfte und auch Hilfen in Einzelfällen (soweit es sich machen läßt) stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Rufen Sie uns an!

Ihr Ansprechpartner:
Ernst-Jörg Neuper,
 Tel. (0228) 544-340,
 Fax (0228) 544-930



Die heutigen Zahlen werden bald noch übertroffen

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gunnar Udall erklärte zu den jüngsten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt:

In den letzten Jahren hatte sich gezeigt, daß nennenswerte Neueinstellungen von den Unternehmen erst ab einem Wirtschaftswachstum von über 2 % zu verzeichnen waren. Das Wachstum liegt 1998 bereits deutlich über diesem Wert bei annähernd 3 %, so daß optimistische Prognosen gerechtfertigt sind. Es gibt aber wichtige Gründe, die eine noch positivere Entwicklung als bisher erwartet gerechtfertigt erscheinen lassen.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten tiefgreifende Maßnahmen durchgesetzt, durch die die Schwelle für die Einstellung neuer Mitarbeiter deutlich gesenkt wurde.

Befristete Arbeitsverhältnisse:

Die Erleichterungen bei der Befristung von Arbeitsverträgen auf einen Zeitraum bis zu 2 Jahren leisten einen entscheidenden Beitrag zur Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an die Auftragslage. Die Unternehmen sollten dieses Instrument jetzt verstärkt nutzen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Kündigungsschutz:

Das Kündigungsschutzgesetz gilt erst bei Betrieben ab 10 Mitarbeitern, nicht mehr schon bei 5 Mitarbeitern. Dem Hauptargument der mittelständischen Unternehmern „Wenn ich heute einen neuen Mitarbeiter einstelle, werde ich ihn nicht mehr los, wenn ich im nächsten Jahr keine Aufträge mehr habe.“, ist damit der Boden entzogen worden.

Dies ist eine Erleichterung für 100.000 von Kleinbetrieben, die ohnehin schon eine stärkere Job-Dynamik entfalten als die Großunternehmen.

Zeitarbeitsunternehmen:

Der Vergleich mit anderen wichtigen Industrieländern zeigt, daß Deutschland beim Thema Zeitarbeit noch einen enormen Nachholbedarf hat. Die Bundesregierung hat im letzten Jahr auch hier die Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Es ist daher damit zu rechnen, daß über den Einstieg der Zeitarbeit vermehrt neue Be-

Generalsekretär Peter Hintze zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen:

„Die Jobmaschine läuft auf Touren. Und die Arbeitsmarktzahlen sind der schlagende Beweis für die Richtigkeit der Reformen der Regierung Helmut Kohl.“

schäftigung entsteht. In Deutschland könnte nun die gleiche Zeitarbeitsquote erreicht werden wie in den Niederlanden oder Großbritannien. Das würde dann 200.000 zusätzliche Stellen bedeuten.

Alle diese Maßnahmen treffen zusammen mit einer anderen wichtigen Entwicklung in Deutschland, der Wiederentdeckung der Selbständigkeit und dem stärkeren Interesse gerade jüngerer Menschen, neue Unternehmen zu gründen. Die Zahl der Selbständigen ist alleine in den letzten 3 Jahren von 2,5 Mio. auf heute 3,2 Mio. gestiegen, das sind 700.000 zusätzliche kleine Unternehmen. Erfahrungsgemäß festigen sich diese Neugründungen nach 3 Jahren und stellen dann zusätzliche Arbeitskräfte ein. Nach allgemeiner Erfahrung

Bei der Arbeitslosigkeit werden wir bald die „Drei“ sehen

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen für Juli erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist der schlagende Beweis für die Reformkraft der Regierung Kohl. Der Aufschwung trägt Früchte bei der Beschäftigung. Fast eine viertel Million Beschäftigte mehr als im Juli '97, das ist ein starkes Ergebnis.

Der für den Juli typische, stellenwechselbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit ist der niedrigste seit der Wiedervereinigung. Der positive Trend am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Zahl der offenen Stellen nimmt rapide zu. Erstmals seit Oktober 1992 steigt die Zahl der Beschäftigten in den alten Bundesländern wieder an. Auch im Osten Deutschlands zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. In verschiedenen Regionen Deutschlands gibt es

bereits in einzelnen Branchen echten Arbeitskräftemangel.

Der Aufschwung erfaßt den Arbeitsmarkt. Die Zahlen beweisen, daß unsere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erfolgreich ist. Der schwierige Weg über strukturelle Anpassung, Lohnzurückhaltung, Ausgabendisziplin und moderne Arbeitsmarktpolitik hat sich gelohnt. Die Entwicklung wird nachhaltig positiv sein.

Wir werden im September 1998 bei der Arbeitslosigkeit voraussichtlich eine Drei vorne haben. Die Jahresdurchschnittszahl für 1999 wird deutlich unter vier Millionen liegen. Was wir jetzt dringend brauchen, ist eine Fortsetzung der Reformpolitik und vor allem die große Steuerreform mit Entlastungen für alle. Allein sie ist gut für mehrere Hunderttausend neuer Arbeitsplätze.

dürfte sich dies nun auf dem Arbeitsmarkt positiv bemerkbar machen.

Eine einfache Hochrechnung der bisherigen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt greift zu kurz. Die Absenkung der Einstellungsschwelle und die Dynamik bei Existenzgründern werden sich jetzt voll auswirken. Die schon jetzt genannten positiven Zahlen für den Arbeitsmarkt werden in den nächsten 6 Monaten noch um 200.000 bis 300.000 Stellen übertroffen werden.

Mit der SPD ist eine solche positive Entwicklung nicht zu erzielen, da sie alle oben skizzierten Maßnahmen abgelehnt hat und wieder rückgängig machen will. Das wären schlechte Aussichten für Exi-

stenzgründer und schlechte Aussichten für arbeitslose Menschen.

* * *

Arbeitsmarkttrend weiter positiv

In Deutschland liegt die Arbeitslosenzahl jetzt seit drei Monaten zunehmend unter dem Vorjahresniveau, in den alten Ländern seit sieben Monaten, in den neuen Ländern seit zwei Monaten. In Gesamtdeutschland haben wir damit seit drei Monaten eine niedrigere Arbeitslosenzahl als im Vorjahr: Damit ist – nach Definition der Bundesanstalt für Arbeit – die Trendwende am Arbeitsmarkt auch in ganz Deutschland erreicht. ▶

Sieben gute Nachrichten aus Nürnberg

Zu den am 6. August in Nürnberg bekanntgegebenen Arbeitsmarktzahlen erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Wir kommen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit Schritt für Schritt voran. Die Anstrengungen dürfen jedoch nicht nachlassen. Es gilt weiterhin das Hauptgebot: Einstellen!

Dies sind die guten Tatsachen:

- Im Juli 1998 gibt es 220.000 Arbeitslose weniger als im Juli 1997.
- In Westdeutschland sind die Arbeitslosenzahlen im siebten Monat hintereinander niedriger als im Vorjahr. In Ostdeutschland gilt dies seit zwei Monaten, in Gesamtdeutschland seit drei Monaten.
- Im Juli 1998 hatten wir in Deutschland die geringste Steigerung der

Arbeitslosenzahl seit 1991, in Westdeutschland seit 1979.

- Die offenen Stellen liegen mit 467.000 um 111.000 (31 Prozent) über dem Vorjahresmonat.
 - Die Vermittlungen liegen seit Jahresbeginn mit 2,128 Millionen um 206.887 über dem Vorjahr.
 - Die Kurzarbeit geht weiter zurück. Sie liegt um 45.000 unter dem Vorjahresstand.
 - Von den Arbeitsmarkthilfen wirken vor allem in Ostdeutschland besonders stark die Einstellungshilfen in Betriebe, also für Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt.
- Wer die Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt nicht sieht, muß den Optiker wechseln oder seine parteipolitische Brille putzen.

Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen saisonbedingt im Juli in Deutschland um 59.400 auf 4.134.500 gestiegen, dieser saisonale Anstieg ist aber nicht einmal halb so hoch wie im vergangenen Jahr (132.000). Wir haben damit den niedrigsten saisonbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1990. Dieser leichte Anstieg der Erwerbslosenzahl ist ausschließlich saisonbedingt – wie jedes Jahr machen viele Unternehmen im Juli und August Betriebsferien und stellen vorher keine neuen Mitarbeiter ein, zur gleichen Zeit enden viele Ausbildungsverhältnisse. Die wichtigste Botschaft ist aber: wir haben im Vergleich zum Vorjahr 219.800 Arbeitslose weniger. Die Arbeitslosenquote verringerte sich binnen Jahresfrist von 11,4 auf 10,7 Prozent. Gleichzeitig gingen bei den Arbeitsämtern 355.000 Stellenangebote ein, 42.700 mehr als vor Jahresfrist.

Joachim Hörster, erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Auch im nächsten Monat ist mit einer weiteren Erholung am Arbeitsmarkt zu rechnen. Nachdem im Zeitraum von März bis Juni die Arbeitslosigkeit insgesamt um über 740.000 zurückgegangen ist, kann im Herbst mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit unter die 4-Millionen-Grenze gerechnet werden. Die Politik der Koalition auch auf dem Arbeitsmarkt greift, die Reformanstrengungen der vergangenen Jahre haben sich gelohnt. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr kann entgegen manch anderslautender Behauptung nicht mit einer Ausweitung der Arbeitsmarktpolitik erklärt werden, da sich die Entlastung durch die Arbeitsmarktpolitik nach wie vor unter dem Vorjahresniveau bewegt.

Preisstabilität erreicht

Die Teuerungsrate der Lebenshaltung im Vergleich zum Vorjahr im Juli auf 0,9 Prozent gefallen, teilte das Statistische Bundesamt mit. Nach Einschätzung der Bundesbank bedeutet ein Preisanstieg von einem Prozent und darunter „praktisch Preisstabilität“.

In den beiden vorangegangenen Monaten hatte die Inflationsrate noch bei 1,2 und 1,3 Prozent gelegen. Die jüngste Entwicklung ist auch gefördert worden durch zahlreiche billiger gewordene Lebensmittel. Im Einzelhandel waren bereits Monate vor dem eigentlichen Sommerschlußverkauf die Preise zum Teil stark herabgesetzt worden.

Zu dem verbraucherfreundlichen Preisklima haben auch sinkende Einfuhr-, Großhandels-, landwirtschaftliche und industrielle Erzeugerpreise beigetragen. Die fallenden Industriepreise sind unter anderem ein Ergebnis der seit drei Jahren gesunkenen Lohnstückkosten. Die Prognosen für den Anstieg der Verbraucherpreise liegen im laufenden Jahr bei rund einem Prozent.

Generalsekretär Peter Hintze reagierte erfreut auf die „sensationelle Preisstabilität“: „Stabile Preise sind ein klar meßbarer, objektiver Beweis für eine überzeugende Regierunspolitik.“ ■

Kommentare

Die Inflation ist tot

Jetzt steht bei der Preissteigerungsrate eine Null vor dem Komma. So etwas gab es noch nie seit der Wiedervereinigung, in Westdeutschland sogar seit zehn Jahren nicht mehr. Alles spricht dafür, daß es auch für das

gesamte Jahr gut aussehen wird. Bei 1,0 Prozent dürfte sich die Inflationsrate 1998 einpendeln. Die Inflationsrate, eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Meßgrößen und ein entscheidender Faktor für Investitionen und Arbeitsplätze, gibt derzeit keinerlei Anlaß zur Sorge. Im Gegenteil: Faktisch ist die Inflation tot, Preisstabilität ist erreicht. Dies heißt auch: Die Bundesbank hat derzeit überhaupt keinen Grund, das Geld teurer zu

Stabile Preise gibt es nur mit der CDU

Zum neuesten Preisindex für die Lebenshaltung erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Mit einem Anstieg von 0,9 Prozent gegenüber Juli 1997 wurde in diesem Monat eine sensationelle Preisstabilität erreicht.

Stabile Preise sind ein klar meßbarer, objektiver Beweis für eine überzeugende Regierungspolitik. Die CDU hat mit ihrer soliden Finanz- und Wirtschaftspolitik den Grundstein für die günstige Entwicklung der Preise in Deutschland

gelegt. Die SPD hingegen hat in ihrer Regierungszeit Steigerungsraten von bis zu 7,0 Prozent bewußt provoziert und damit die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig geschwächt. Wir können heute mit Stolz sagen: Trotz der enormen finanziellen Herausforderungen durch die Übernahme der sozialistischen Erblasten ist es gelungen, hohe Kaufkraft bei niedrigen Preisen zu sichern. Wir haben heute keine Preissteigerungsrate, sondern eine Preisstabilitätsrate.

Vier gute Gründe für CDU/CSU

- In Deutschland herrscht praktisch Preisstabilität. Die Teuerungsrate im Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist im Juli im Vorjahresvergleich weiter auf 0,9 Prozent gesunken. Das ist der geringste Preisanstieg seit 1991.
- In Gesamtdeutschland haben wir seit drei Monaten eine niedrigere Arbeitslosenzahl als im Vorjahr. Damit ist – nach Definition der Bundesanstalt für Arbeit – die Trendwende am Arbeitsmarkt auch in ganz Deutschland erreicht.
- Deutschland wird in diesem Jahr,

so hat es das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung prognostiziert, 3% Wirtschaftswachstum haben. Im nächsten Jahr werden es sogar 3,25 % sein.

● 1997 hat die westdeutsche Industrie nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln mit minus 3,4 % den bislang stärksten Rückgang bei den Lohnstückkosten verbucht.

Joachim Hörster, erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Vier Argumente dafür, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und auf die Union zu setzen.

machen. Die Zinsen bleiben auf absehbare Zeit niedrig. Allenfalls wegen der notwendigen Angleichung an das Zinsniveau in der Währungsunion könnte sie am Jahresende die Zügel leicht anziehen. Für die Verbraucher und die Arbeitnehmer könnte die Nachricht aus Wiesbaden besser nicht sein.

General-Anzeiger, Bonn

Von Inflation kaum noch die Rede

Als Ende der siebziger Jahre die bis dahin im allgemeinen Sprachgebrauch gängige „Teuerungsrate“ von der „Inflationsrate“ abgelöst wurde, da hatten Millionen von Bürgern tatsächlich das Schreckgespenst einer galoppierenden Geldentwertung vor Augen. Angesichts einer Preissteigerung von nur noch 0,9 Prozent im Juli, die das Statistische Bundesamt am Montag bekanntgab, kann von „Inflation“ selbst bei kritischer Betrachtungsweise nicht mehr die Rede sein. Eingefleischte Verteidiger der Geldwertstabilität mögen das zwar als Verharmlosung bezeichnen. Sachgerechter wäre es dennoch, den jetzt erreichten Zustand „preisstabil“ zu nennen.

Süddeutsche Zeitung

Die Zahl der meldepflichtigen Fälle hat sich halbiert

Die Bundesregierung hält an der Atomkraft fest. Mindestens bis zum Jahr 2010 sei ein Ausstieg wirtschaftlich unsinnig und unverantwortlich, sagte Bundesumweltministerin Angela Merkel am 11. August in Bonn.

Die Ministerin bescheinigte den deutschen Atomkraftwerken eine „hervorragende Sicherheitsbilanz“. Es gebe „praktisch keine alten Anlagen“; die alten seien immer nachgerüstet worden, „soweit der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik dies möglich und angemessen“ habe erscheinen lassen.

Die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse hat sich seit 1988 halbiert. Der SPD blieb deshalb lediglich festzustellen, daß der Betrieb von Atomkraft mit beträchtlichen Risiken verbunden sei.

OECD bestätigt Reformkurs der Bundesregierung

Anlässlich der Vorstellung des Deutschlandberichts durch die OECD erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Der OECD-Bericht bestätigt auf der ganzen Linie die Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Bundestagsfraktionen. Die OECD-Daten zeigen eindeutig, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessert hat, Investitionen und Beschäftigung sich erholen. Die Geldpolitik Deutschlands verfolge eine angemessene Strategie. Der Finanzpolitik wird der Erfolg bescheinigt, trotz schwieriger Vorbedingungen nicht nur die Maastricht-Konvergenz erreicht zu haben, sondern auch auf dem richtigen weiteren Konsolidierungsweg zu sein.

Steuerreform angemahnt

Die OECD mahnt zurecht eine große Steuerreform an. Dieser Mahnung kann sich die SPD-Opposition annehmen. Sie war es, die das Zustandekommen einer großen Steuerreform verhindert hat, ohne eigene konkrete Änderungsvorschläge auf den Tisch zu legen. In den Medien bemerkten SPD-Politiker sogar unverhohlen, eine Steuerreform hätte nicht mehr so kurz (1³/₄ Jahre!) vor der Wahl angegangen werden dürfen. Nun ist diese kostbare Zeit auf dem Rücken der

Arbeitslosen nutzlos veronnen. Genau so schlecht kommen die SPD-geführten Länder bei der Forderung der OECD weg, Deutschland zu einem effizienteren Staat durch eine Reform der föderalen Finanzbeziehungen zu machen.

Das gegenwärtige föderale System trägt beträchtliche Negativanreize, die die nachgeordneten Gebietskörperschaften von einer Politik abhalten, die in bundesweiter Perspektive effizient wäre. Zum Beispiel: Zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 1 Mio. DM bringen nach dem Finanzausgleich lediglich zwischen 80.000 DM und 290.000 DM an zusätzlichen Einnahmen. Der Rest käme den schlechter dastehenden Ländern zugute. Dies bietet nur wenig Anreize, attraktive Standortbedingungen für Unternehmen zu schaffen und so das BIP eines einzelnen Landes zu erhöhen.

Aus dem Deutschlandbericht der OECD kann nur der Schluß gezogen werden, daß die derzeit Regierenden auf der besseren Seite stehen. CDU/CSU haben keinen Grund, den eingeschlagenen Weg zur Umsetzung der Strukturreformen für Wachstum und Beschäftigung zu verlassen. Die SPD will dagegen das Rad zurückdrehen, den erreichten Erfolg zunichte machen. Dies hat der Wähler bei der Bundestagswahl am 27. September zu berücksichtigen.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Deutschland munter. CDU rauf, SPD runter

Sommer, Sonne, neue Daten:

Die Koalition legt in allen Umfragen deutlich zu,
Rot-Grün verliert deutlich an Zustimmung.

- X** »Wieder ein offenes Rennen«
schreibt dazu der Kölner Stadt-Anzeiger am 8. August '98. Und:
»Der Vorsprung von Rot-Grün schmilzt.«
- X** Die Stuttgarter Zeitung:
»Die Union gewinnt Vertrauen zurück.«
- X** Die Meinungsforscher von Emnid:
»Abstand SPD-Union noch 3 Prozent.«
- X** Infratest:
Schröder minus 7 Prozent.
- X** Union vorn bei Wirtschaftskompetenz, Innerer Sicherheit,
Europa- und Ausländerpolitik.

Und: *Wenn sich die Bürger für die Minister ihrer Wahl entscheiden könnten, schneidet Schröders Schattentruppe im Vergleich mit den Mitgliedern der Bundesregierung denkbar schlecht ab. Klarer Punktsieg für unsere Minister.*

Der Aufschwung ist da!

CDU

Union im demoskopischen Aufwind

1. Sonntagsfrage

	Juni	August 1998
CDU/CSU	36 %	38 %
SPD	41 %	41 %
FDP	6 %	6 %
Grüne	6 %	6 %
PDS	5 %	4 %
Rechte (EMNID)	3 %	4 %

2. Wer gewinnt die Bundestagswahl?

	Juni	August 1998
Regierung	24 %	29 % (+ 5 %)
Opposition (Infratest)	65 %	57 % (-8 %)

3. Direkte Kanzlerwahl

	Juni	August 1998
Kohl	25 %	31 % (+ 6 %)
Schröder (Infratest)	60 %	53 % (- 7 %)

4. Bewertung der Spitzenpolitiker

August (gegenüber Juli 1998)	
Kohl	+ 2 %
Schröder (Infratest)	- 9 %

5. Welchen Politiker halten Sie für besser?

August (gegenüber Juli 1998)

- Verteidigung

Rühe	55 %
Scharping (EMNID)	27 %
- Innenpolitik

Kanther	52 %
Schily (EMNID)	26 %
- Arbeits- und Sozialpolitik

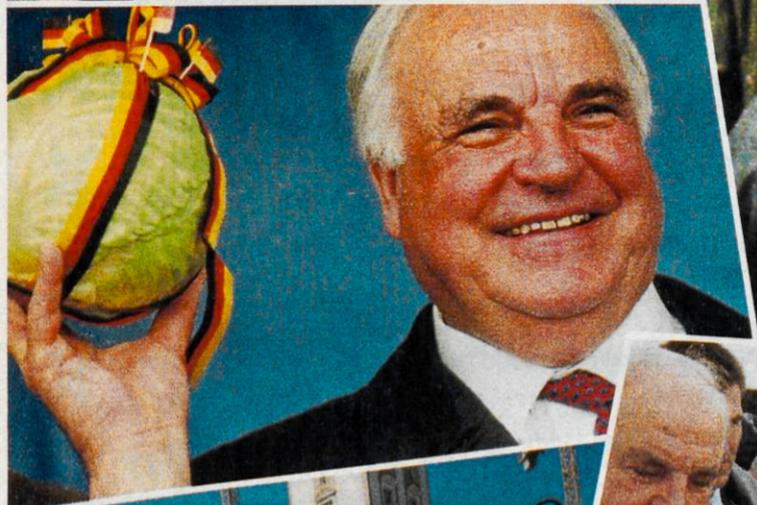
Blüm	46 %
Riester (Infratest)	27 %
- Wirtschaft

Späth	54 %
Stollmann (EMNID)	23 %
- Aufbau Ost

Biedenkopf	64 %
Schwanitz (EMNID)	11 %

Die Infratest-Umfrage „Deutschland-Trend“ wurde am 7. August in der ARD im „Bericht aus Bonn“ vorgestellt.

Die EMNID-Umfrage wurde am selben Tag in n-tv vorgestellt.



Fotos: AP, Klaus Bodig, Reuters, rtr

Cuxhaven – Neuharlingersiel – Norderney – Borkum – Heringsdorf – Binz – Kühlungsbohrn - Büsum – St. Peter-Ording – List – Westerland ...

... das sind die Ferienorte an der niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Nordseeküste und an der Ostküste von Mecklenburg-Vorpommern, in denen am 15., 22. und 29. Juli für viele interessierte Urlauber überraschend Bundeskanzler Helmut Kohl auftaucht.

Er hat jedesmal seinen eigenen Urlaub am Wolfgangsee unterbrochen und nutzt noch vor Beginn der heißen Wahlkampfphase die besondere Empfänglichkeit von Urlaubern, von denen er aufgrund früherer Erfahrungen einmal sagte: „Die Leute haben Zeit, sind entspannt und hören mir deshalb auch gerne zu.“

● „Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein Mann Bundeskanzler wird, der jahrelang die Chaos-Tage in Hannover zugelassen hat.“

● „Verrat an der Zukunft des deutschen Volkes“ habe der SPD-Kandidat begangen, indem er die Steuerreform verhinderte.

● „Lassen Sie sich nicht auf linke Touren ein.“

Händeschütteln, Schulterklopfen – der Kanzler genießt das „Bad in der Menge“ und seine Popularität. „Wir müssen das Land fit machen für die Zukunft“, ist seine Botschaft. Und: Unser Hauptproblem ist die Arbeitslosigkeit. Bis Ende

Helmut Kohl auf Wählertour gegen Schröders „linke Tour“

Mindestens 60.000 Wählerinnen und Wähler – weit über 20.000 allein im Westerland – haben bei dieser Gelegenheit Helmut Kohl hautnah erlebt. Urlauberin Inge Fölcking aus Castrop-Rauxel freut sich kurz vor der Landung des Kanzler-Hubschraubers in Cuxhaven: „Toll, gleich werde ich ihn live erleben.“

Selbstverständlich bringt der prominente Gast „Kaiserwetter“ mit, wie die Zeitungen“ schreiben, Sonnenschein und gute Laune: „Erwartet, aber nicht versprochen“, wie der Kanzler sagt, „weil ich nichts verspreche, was ich nicht halten kann.“

Und schon ist er mitten drin in seiner Wahlkampfrede und attackiert seinen Herausforderer:

1998 wird sie unter die vier Millionen-Grenze sinken, denn der Aufschwung ist da.

„Gut sieht er aus.“ – „Wenn man ihn so hört, kommt man schon ins Grübeln.“ – „Wenn ich sehe, wie das hier alles hergerichtet wird, dann kann man doch nur Kohl wählen“, lauten einige der Kommentare derer, die mal eben nur zum „Kanzler-Gucken“ gekommen sind.

„Einfach aus der Hand“ darf sich der Bundeskanzler in Neuharlingersiel gepuhlte Krabben nehmen, und in Dithmarschen wird Kohl ein Kohlkopf aus dem größten deutschen Kohlanbaubiet zum Gastgeschenk gemacht.

Respekt für diesen Kanzler!

Die Welt setzt auf Helmut Kohl!

„Auch wenn viele Deutsche vielleicht noch nicht die Vorteile Ihres weitblickenden, mutigen Kurses spüren, stehen Sie ganz klar auf der richtigen Seite der Geschichte. Amerika honoriert Ihre Vision und Ihre Leistungen, und wir sind stolz darauf, Seite an Seite mit Ihnen in das neue Jahrtausend zu gehen.“ **(Bill Clinton, Amerikanischer Präsident)**

„Ein politischer Führer von Weltrang, der ein Freund des Präsidenten und Rußlands geworden ist.“

(Boris Jelzin, Russischer Präsident)

„Kohl ist loyal, und er ist treu. Ein Mann, der Wort hält.“

(Jaques Chirac, Französischer Staatspräsident)

„Der Mann, den ich aber am meisten bewundere, ist Helmut Kohl. Er ist ein wahrer Staatsmann, dem es in kurzer Zeit gelungen ist, sein Land zu vereinigen und eine fundamentale Rolle in Europa zu spielen.“

(Flavio Cotti, Präsident und Außenminister der Schweiz)

**Die politische Lebensleistung Helmut Kohls – sie ist
die Garantie für eine gute Zukunft Deutschlands**

Helmut Kohl.

Der Bundeskanzler

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) in Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, italicized sans-serif font.

Lehrstellenausgleich erreichbar

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers zur aktuellen Ausbildungsplatzstatistik der Bundesanstalt für Arbeit:

Für das kommende Ausbildungsjahr sind in Deutschland von Oktober 1997 bis Ende Juli 1998 bislang insgesamt 543.755 Lehrstellen gemeldet worden. Damit ist die Zahl der bei der Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) gemeldeten Stellen annähernd ebenso hoch wie im Vorjahresmonat (-3.571). Dies ist erstmals seit der Wiedervereinigung der Fall.

In den alten Ländern lag die Zahl der gemeldeten Lehrstellen noch geringfügig unter der Zahl des Vorjahresmonats (-4.535). In den neuen Ländern liegt die Zahl der gemeldeten Lehrstellen jedoch um 964 über dem Vorjahresmonat. Dem um 1 Prozent gestiegenen Bestand an unvermittelten Bewerbern steht eine um 10 Prozent gewachsene Zahl an unbesetzten Lehrstellen gegenüber. Allerdings stehen diese Stellen immer weniger in den traditionellen Ausbildungsbereichen des Handwerks zur Verfügung.

Die Zahl der unvermittelten Bewerber hat sich trotz der bundesweit um 22.566 höheren Zahl an gemeldeten Bewerbern (+4 Prozent) – vorwiegend aus den alten Ländern – im Vergleich zum Juli 1997 nicht erhöht. Sie liegt mit 215.901 unvermittelten Bewerbern zum ersten Mal seit Anfang der neunziger Jahre unter den Zahlen des Vorjahresmonats (-454).

Die sog. „rechnerische Ausbildungsplatzlücke“ in der Berufsberatungsstatistik ist niedriger als im Juli 1997, aber nach wie vor zu hoch. Wie in jedem Jahr spiegelt sie jedoch nicht die tatsächliche Situation auf dem Lehrstellenmarkt wider. Sie wird sich schließen. Denn das Vermittlungsgeschäft läuft bis Ende des Jahres unvermindert weiter.

Es geht weiter voran: Die Industrie- und Handelskammern haben bis Ende Juli bereits 7,2 Prozent Ausbildungsverträge mehr eingetragen als im Vorjahr. Die Wirtschaft ist damit ihrem selbstgesteckten Ziel, 1998 einen weiteren erheblichen Zuwachs an neuen Lehrstellen zu erreichen, ein großes Stück nähergekommen. Industrie, Handel, Dienstleistungen und Handwerk streben mit 25.000 zusätzlichen Ausbildungsverträgen ein Plus von 5 Prozent an. Die Bundesverwaltung wird um 4 Prozent zulegen. Mit 17.500 Plätzen sind mit dem neuen Bundesländer-Sonderprogramm für die neuen Länder knapp 17 Prozent mehr Plätze verfügbar als 1997. Die Arbeitsverwaltung plant, in den neuen Ländern die Zahl der nach dem Sozialgesetzbuch III finanzierten Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche mit insgesamt rund 12.200 Plätzen um 6 Prozent zu erhöhen.

Die sog. „rechnerische Ausbildungs-lücke“ ist niedriger als im Juli 1997.

Die Wirtschaft muß sich nochmal richtig in die Riemen legen. Seit dem 1. August stehen Schulabgängern und Betrieben zudem elf weitere völlig neue Ausbildungsberufe mit den Schwerpunkten Dienstleistung und Medien offen. Insgesamt haben wir in dieser Legislaturperiode 34 neue Berufe geschaffen. Noch nie wurden in Deutschland in so kurzer Zeit so viele neue Ausbildungsberufe auf den Weg gebracht. Neue Ausbildungsberufe schaffen neue Ausbildungsplätze. Sie sind eine Gewähr für die Zukunft der Betriebe und der jungen Menschen. Die im letzten Jahr in Kraft getretenen vier neuen Berufe in der Informationstechnologie haben bis jetzt 7.000 neue Ausbildungsplätze gebracht.

Die Voraussetzungen für eine stabile Währung sind gegeben

Von heute an werden in Deutschland Euro-Münzen geprägt. In drei Jahren, ab dem 1. Januar 2002, werden diese Münzen, das Euro-Geld, bei uns eingeführt.

Von dem russischen Dichter Fjodor Dostojewski stammt der Satz: Geld ist geprägte Freiheit. Vom Euro wußte Dostojewski noch nichts, aber seine Beschreibung paßt, wie ich meine, heute besonders.

Mit dem Euro vollenden wir die ökonomischen Freiheiten des Binnenmarktes und mehr noch: Wir reißen nun auch die Währungsgrenzen in Europa nieder.

Der Euro schafft neue Freiheit. Die Europäische Währungsunion ist ein Quantensprung in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Europas.

Am 1. Januar 1999

Vor zehn Jahren erging unter deutscher Präsidentschaft vom Europäischen Rat in Hannover der Auftrag, einen Bericht über eine Währungsunion zu erarbeiten. Was damals noch eine Zukunftsvision war, wird nun Realität. Der Kreis schließt sich. Im Mai hat der Europäische Rat entschieden: Am 1. Januar 1999 beginnt in 11 Mitgliedstaaten die Währungsunion. Zeitgleich übernimmt Deutschland erneut die EU-Präsidentschaft.

Ich scheue mich nicht zu sagen: Wir haben schon vor dem heutigen Tag den Euro geprägt. Unsere Währungsordnung, die Stabilität der D-Mark, hatte bei der Konzeption der Währungsunion Vorbildcharakter. Das Statut der Europäischen Zentralbank (EZB) hat das deutsche Bundesbankgesetz zum Vorbild. Die EZB ist wie die Bundes-

bank von politischen Weisungen unabhängig und vorrangig der Preisstabilität verpflichtet.

Unsere Partner haben zugestimmt, daß die EZB ihren Sitz in Frankfurt, der deutschen Stadt haben soll, die weltweit als Symbol für stabiles und starkes Geld steht. Auch

Rede des Bundesfinanzministers Theo Waigel anlässlich des Starts der Probprägung von Euro-Münzen am 7. August in München

unser Vorschlag, die gemeinsame Währung „Euro“ zu nennen und ihr damit eine einheitliche und für alle bekannte Bezeichnung zu geben, wurde angenommen.

Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt haben wir einen klaren und verlässlichen Rechtsrahmen zur dauerhaften Sicherung der Haushaltsdisziplin entwickelt. Unser finanzpolitisches Politikverständnis war auch hier prägend und hat sich durchgesetzt.

Die Voraussetzungen für eine stabile Währung sind gegeben. Auch die Finanzmärkte erwarten deshalb einen stabilen Euro, wie die historisch niedrigen Zinsen belegen.

Wie dick? Wie groß?

Um eine Währungsunion zu verwirklichen, bedarf es nicht nur rechtlicher und ökonomischer Vorbereitung. Auch eine Vielzahl ganz praktischer, technischer Fragen waren zu entscheiden: Wie sollen die Münzen, die Scheine der neuen Währung

aussehen, wie gestückelt, wie dick, wie groß soll das Euro-Geld sein? Welche Farbe, welches Design soll es haben?

Auch hier galt es, unterschiedliche Vorstellungen, Gewohnheiten und Traditionen auf einen Nenner zu bringen. Eine von den Finanzministern eingesetzte Arbeitsgruppe der EG-Münzdirektoren hat hier gute Arbeit geleistet.

Verbraucherfreundlich

Verbraucherverbände, Blindenorganisationen, Automatenhersteller und viele andere wurden angehört – ihre Bedürfnisse soweit wie möglich aufgenommen. Das Euro-Geld ist verbraucherfreundlich und auch unter technischen Gesichtspunkten innovativ. Das neue Münzgeld ist weitgehend nickelfrei und in hohem Maße fälschungssicher. Die Euro-Münzen werden so gestaltet, daß auch blinde Menschen sie gut unterscheiden und tasten können.

Um die Akzeptanz der Euro-Münzen zu erleichtern, wurde entschieden, ihnen eine europäische und eine nationale Seite zu geben. Für die Gestaltung der Münzen wurden Designwettbewerbe durchgeführt. Auf den deutschen Euro-Münzen werden teilweise bekannte, aber auch neue Symbole, wie das Brandenburger Tor, dargestellt.

So gut wie nicht zu fälschen

In jüngster Zeit gab es immer wieder Berichte, wonach das neue Euro-Geld leichter zu fälschen sei. Das Gegenteil ist der Fall. Der Euro hat wesentlich bessere Sicherheitsmerkmale als die bisherigen nationalen Währungen. Das Bundeskriminalamt rechnet durch die Einführung des Euro europaweit mit einem Rückgang der Falschgeldkriminalität.

Auch von der technischen und logistischen Seite her ist die Europäische Währungsunion eine Herausforderung. Allein in Deutschland benötigen wir nach gegenwärtigen Schätzungen bei der Einführung

12,1 Mrd. Stück Münzen. Zur Veranschaulichung: Das entspricht einer Masse von 50.000 Tonnen. Damit könnte man 1.700 Lkws oder auch 35 Güterzüge mit 20 Waggons oder 33 Binnenschiffe füllen.

Weiterhin gilt es, den Rückfluß von D-Mark-Münzen zu bewältigen. Hier rechnen wir mit 21 Mrd. Münzen. Dies sind noch einmal 80.000 Tonnen. Nach der Rückgabe werden 1-, 2- und 5-D-Mark-Münzen von den Münzstätten unbrauchbar gemacht und anschließend wie die anderen Münzen eingeschmolzen. Ein Teil davon kann dann wieder für die Herstellung des Euro-Geldes verwendet werden. Auch hier wird aus mancher Mark wieder ein Euro.

Modifizierte Stichtagsregelung

D-Mark-Banknoten und -Münzen werden nicht „über Nacht“ aus dem Verkehr gezogen. Die Bundesregierung plant eine sogenannte „modifizierte Stichtagsregelung“. Auf D-Mark lautende Banknoten und Münzen sollen mit der Einführung des Euro-Bargeldes ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verlieren. Eine zeitlich befristete Weiterverwendung der alten Banknoten und Münzen wäre möglich.

Die Deutsche Bundesbank hat auf jeden Fall versichert, Münzen und Banknoten zeitlich unbefristet umzutauschen. Befürchtungen, wonach das in einen Sparstrumpf oder unter der Matratze gelagerte und vergessene Geld wertlos würde, sind also unbegründet. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für D-Mark-Gedenkmünzen. Auch die Gedenkmünzen werden durch die Währungsumstellung nicht an Wert verlieren.

Der Volksmund sagt: Geld allein macht nicht glücklich. Aber daß die ersten Euros deutscher Prägung heute hier in München entstehen, macht diesen Finanzminister schon ein bißchen glücklich. Deshalb: Lassen Sie uns anfangen. ■

Sozialismus bedeutet Unfreiheit

Der Mauerbau am 13. August 1961 gehört zu den dunkelsten Kapiteln in der deutschen Geschichte. Wir erinnern an Tag der Opfer des Schießbefehls an Mauer und Stacheldraht. Bis heute leiden Familienangehörige und Freunde unter diesen schmerzlichen Ereignissen, die auf dramatische Weise das menschen- und freiheitsverachtende Gesicht des Sozialismus dokumentieren. Sozialismus bedeutet Unfreiheit.

Vor wenigen Tagen hat der PDS-Vorsitzende Bisky den für den Mauerbau verantwortlichen SED-Chef Walter Ulbricht als einen "Staatsmann von Format" gewürdigt. Am 37. Jahrestag des Mauerbaus fordere ich den SPD-Parteivorsitzenden und den SPD-Kanzlerkandidaten auf: Beenden Sie das unwürdige Schauspiel der De-facto-Koalition mit der PDS. Es ist an der Zeit, daß die SPD ihren Kurs korrigiert. Der 13. August wäre dazu ein geeignetes Datum.

Die Gefährlichkeit des Kommunismus hat heute eine neue Brisanz, weil die Wachsamkeit nachgelassen hat. Die politischen Ziele der PDS, die sie in ihrem Wahlprogramm beschreibt, sind eine Kampfansage an die Demokratie in Deutschland.

Die PDS lehnt die Soziale Marktwirtschaft ab. Sie fordert, "daß Wirtschafts-, Öko- und Sozialräte bzw. öffentliche Aufsichtsräte mit rechtlich verbindlichen Informationsansprüchen und Einflußmöglichkeiten auf Unternehmensentscheidungen eingerichtet werden". Sie will den "sozial-ökologischen Umbau" durch "starke gesellschaftliche Gegenmächte", durch "gesellschaftlichen Widerstand, öffentlich-rechtliche Kontrolle der Großbanken und der Bundesbank". Der Kommunismus bleibt die Leitidee der SED-Fortsetzungspartei.

Wo immer es nur geht, fordert sie in ihrem Programm die Schwächung des Rechtsstaates und sogenannte "gesellschaftliche" oder

"demokratische" Kontrollen für alle Bereiche. Welche Vorstellungen von Demokratie die PDS hat, bleibt völlig offen. Eines ist sicher: Mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat sie nicht viel im Sinn.

Die PDS fordert die Abschaffung der Nachrichtendienste und die Aushöhlung des Verfassungsschutzes. "Kasernierte Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz sind schrittweise abzubauen". Polizisten sollen einen Aufpasser an die Seite bekommen..

Gleichzeitig spricht sie sich für die Freigabe weicher Drogen, Entkriminalisierung sogenannter "Bagatelldelikte" aus und will die "Strafrechtspolitik demokratisie-

Zum Mauerbau am 13. August 1961 Generalsekretär Peter Hintze

ren". Die aktuelle Politik beschreibt sie als "zum Überwachungsstaat hin tendierend".

Die PDS lehnt die NATO ab, ebenso wie die "Wehrpflicht und andere Zwangsdienste". Sie fordert die "Institutionalisierung von neuen Gegenmächten", "außerparlamentarischen Widerstand" und "zivilen Ungehorsam". Die PDS beschreibt eine Gesellschaft, die mit dem heutigen Deutschland nichts zu tun hat. Es ist und bleibt ein Skandal, daß die SPD die Gefahren, die von dieser Partei ausgehen, nach wie vor ignoriert und zum Steigbügelhalter für die Machtbeteiligung der PDS wird. Der Preis dieser machtpolitischen Option ist hoch. Seit es in Magdeburg die von der PDS-unterstützte Regierung Höppner gibt, verliert das Land systematisch an Boden.

Verunsicherung greift um sich. Bei der Landtagswahl hat dies zu einem Stimmenanteil von fast unglaublichen 13 Prozent für die DVU geführt. Die Zeit für eine Kurskorrektur ist reif.

Clement und HDO

Norbert Blüm: Sein schlechtes Gewissen hat ihn eingeholt

„Clement muß bei HDO endlich alle Fakten und Tatsachen auf den Tisch legen“, sagte der Landesvorsitzende der NRW-CDU, Norbert Blüm am 11. August in Düsseldorf. „Ein weiteres Vertuschen und das Werfen von Nebelkerzen schadet dem Wirtschaftsstandort NRW mehr, als wenn Clement endlich zugeben würde, daß er mit der Förderung von HDO eine volle Bauchlandung erlitten hat.“

Viele kleine, innovative Unternehmen erhielten in Nordrhein-Westfalen keinen Pfennig Wirtschaftsförderung, obwohl sie insgesamt viele Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen hätten, kritisierte Blüm. „Anscheinend können in Nordrhein-Westfalen nur die Lieblingsprojekte von Cle-

Schonnungslose Aufklärung ist nötig – zumal die PDS mit verstrickt ist.

ment und seinen roten Genossen mit staatlicher Wirtschaftsförderung rechnen.“ Zu der Ankündigung Clements, HDO erhalte derzeit keine neue Landesbürgerschaft, sagte Blüm: „Clement hat scheinbar über Nacht sein schlechtes Gewissen eingeholt, denn am Sonntag hat er im Spiegel noch genau das Gegenteil verkündet.“

Die CDU werde nicht ruhen, bis alle Ecken des HDO-Skandals ausgeleuchtet seien, kündigte Blüm an. „Wenn über 100 Mio. DM der Steuerzahler durch Mißwirtschaft und mangelnde Kontrolle in den

Sand gesetzt werden, dann ist das ein Skandal erster Güte, der schonungslos aufgeklärt werden muß. Und wenn gleichzeitig auch noch die SED-Nachfolgepartei PDS mit verstrickt ist, erwarte ich, gerade auch von einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, daß er an der schonungslosen Aufklärung mitwirkt“, erklärte Blüm abschließend.

Weiterer Rückgang

Der gute Trend ist ungebrochen. Im Vergleich zu 1979, seitdem Monatsergebnisse zur Unfallstatistik vorliegen, hat sich die Zahl der Verkehrstoten im Monat Mai exakt halbiert, von 1421 im Mai 1979 auf 710 im Mai 1998. Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle sank im Vergleich zum Mai des Vorjahres um 1,3%.

Dirk Fischer, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Dies ist bei aller Tragik im jeweiligen Einzelfall eine überaus positive Entwicklung. Trotz anhaltenden Verkehrszuwachses ist der Trend bei den Straßenverkehrsunfällen konstant rückläufig. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit – 0,5-Promille-Regelung, Atemalkoholanalyse, Drogenverbot, Anpassung des Bußgeldkatalogs etc. – die gute Verkehrssicherheitsarbeit und die erheblichen Verbesserungen des Insassenschutzes bei neuen Pkw bringen den Erfolg.

Claudia Nolte: Auch weiter gilt: Familien müssen Vorfahrt haben

Bundesministerin Claudia Nolte hat am 6. August in Erfurt mit der Vorstellung der „Familienagenda“ Bilanz über die Familienpolitik der Bundesregierung in den letzten Jahre gezogen und Schwerpunkte für die zukünftige Politik für Familien präsentiert.

Claudia Nolte: „Für mich gilt auch weiterhin: Familien müssen in unserem Land Vorfahrt haben. Dabei wollen wir gezielt auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Familien eingehen. Dazu werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode finanzielle Spielräume gezielt nutzen – für Verbesserungen beim Erziehungsgeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuß. Denn Familien brauchen unsere gesamte Unterstützung.“

Unsere Gesellschaft braucht die Familien

Familien sind das Fundament und die Zukunft unserer Gesellschaft. Unabhängig von ihrer äußeren Erscheinungsform ist die Familie der Ort, an dem Kinder zu leistungsbereiten und verantwortungsbewußten Menschen heranwachsen können. Hier erfahren junge Menschen Liebe und Geborgenheit, finden zu ihrer Persönlichkeit und lernen, sich in ein Leben in Gemeinschaft einzubringen. Familie ist der primäre Ort der Solidarität zwischen den Generationen.

Die Familie ist die populärste Lebensform. Mit 80 % lebt der weit überwiegende Teil der Bevölkerung in Familienhaushalten. 86 % der Deutschen schätzen die Familie und empfinden sie als wichtig für ihr Leben. Gerade von jungen Menschen wissen wir, daß es für sie ein vorrangiges Lebensziel ist, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. Mehr denn je zuvor

ist das heute eine sehr bewußt und gemeinsam zu treffende Entscheidung von Frauen und Männern. In diesem Zusammenhang ist es ein Warnsignal, wenn immer mehr Männer und Frauen ihr Leben lang kinderlos bleiben. Deshalb muß es jungen Menschen durch mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit erleichtert werden, eine Familie zu gründen.

Für Staat und Gesellschaft sind die von Familien erbrachten Leistungen unersetzlich. Auch deshalb haben Familien Anspruch darauf, materiell wie immateriell unterstützt zu werden.

Die Verpflichtung des Grundgesetzes, Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu stellen, erweist sich gerade in der offenen Gesellschaft als wichtig und aktuell. Die Ehe als Institution einer auf Dauer angelegten Partnerschaft von Frau und Mann rechtfertigt die herausgehobene Stellung im Verhältnis zu anderen Formen der Partnerschaft. Das steuerliche Ehegattensplitting ist das angemessene Instrument zur Absicherung der mit der Ehe eingegangenen lebenslangen, auch nachehelichen Pflichten. In den allermeisten Fällen ist das Ehegattensplitting eine Form der Familienförderung, die dann am stärksten wirkt, wenn einer der Ehepartner sich unter Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit der Kindererziehung widmet. Diese Form der Partnerschaft ist in der inzwischen älteren Generation besonders häufig gewählt worden. Diesen Menschen würde ihre Lebensleistung schlecht entgolten, wenn sie wie Kinderlose besteuert würden, sobald die Kinder aus dem Haus sind.

Nichteheliche Partnerschaften und die bewußte Entscheidung, ohne die rechtlichen

Bindungen einer Ehe zu leben, sind zu respektieren. Eine rechtliche Gleichstellung solcher Partnerschaften mit der Ehe lehnen wir allerdings ab.

Leistungen der Bundesregierung seit 1982

Die Bundesregierung unter Helmut Kohl hat seit 1982 die Familienförderung materiell weiterentwickelt und konzeptionell den Erfordernissen der modernen Gesellschaft angepaßt.

- Die Gesamtheit der finanziellen Leistungen des Bundes zugunsten der Familie ist von 27,6 Mrd DM im Jahr 1982 auf 76,6 Mrd DM im Jahr 1997 gestiegen.

In der laufenden Legislaturperiode haben wir mit dem neuen Familienleistungsausgleich die Familienförderung auf eine neue Grundlage gestellt und spürbar erhöht. Kindergeld und alternativ dazu die Kinderfreibeträge wurden deutlich angehoben. Die Regelung erfüllt einerseits den verfassungsrechtlichen Grundsatz, daß das Existenzminimum für Kinder nicht besteuert werden darf. Sie erhöht andererseits die staatlichen Transferleistungen an diejenigen Familien, denen steuerliche Freibeträge keine bzw. wenig Entlastung bringen. Heute stehen den Familien im Rahmen von Kindergeld und Kinderfreibetrag jährlich rund 13 Milliarden DM mehr zur Verfügung als 1995. Die jährlichen Aufwendungen belaufen sich auf über 50 Mrd DM.

- Seit zwölf Jahren zahlt der Bund ein eigenständiges Bundeserziehungsgeld, das inzwischen auf zwei Jahre nach der Geburt des Kindes ausgeweitet wurde und das verschiedene Bundesländer, alle unter CDU- bzw. CSU-Regierung, mit einem eigenen Landeserziehungsgeld im dritten Jahr ergänzen.

- In den ersten drei Jahren nach der Geburt ihres Kindes genießen Mütter oder Väter durch den Erziehungsurlaub Kündi-

gungsschutz, wenn sie wegen der Erziehung des Kindes ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen.

- Die Erziehungsleistung von Müttern oder Vätern wird seit 1986 auch bei der Rente anerkannt. Seit 1992 sind das drei Erziehungsjahre je Kind. Im Rahmen der 1997 beschlossenen Rentenreform haben wir die Anerkennung der Kindererziehungszeiten ab 1. Juli 1998 verbessert. Bis zum Jahr 2000 wird sie von bislang 75 % auf 100 % des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten angehoben.

- Der überwiegende Teil aller Pflegebedürftigen wird in Familien menschlich versorgt und betreut. Seit 1995 erhalten die zu Hause lebenden Pflegebedürftigen und ihre Familien ambulante Pflegesachleistungen bzw. Pflegegeld; 1997 im Gesamtvolumen von 12,5 Mrd DM. Für Personen, die diese häusliche Pflege zum Teil unter Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit leisten, werden eigene Rentenbeiträge (ca. 2 Mrd DM jährlich) entrichtet.

- Im Kinder- und Jugendhilfegesetz wurde der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Lebensjahr festgeschrieben. Fast alle Kommunen erfüllen inzwischen diesen Anspruch.

- Familien, in denen eine Mutter oder ein Vater ein oder mehrere Kinder alleine erzieht, erfahren eine Reihe spezieller Hilfen und Entlastungen. So etwa durch die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten, den speziellen Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende (derzeit 5.616 DM) und die Mehrbedarfszuschläge von 40 % bzw. 60 % für Alleinerziehende, die Sozialhilfe beziehen.

- Deutlich ausgebaut wurde der Unterhaltsvorschuß, den der Staat für Kinder von Alleinerziehenden zahlt, wenn der Unterhalt durch den anderen Elternteil ausbleibt. Kinder erhalten diese Leistung bis zum Alter von zwölf Jahren – und dies maximal sechs Jahre lang. In dieser Legis-

laturperiode haben wir die Auskunftsrechte der Behörden verbessert, um den geleisteten Vorschuß von zahlungsfähigen Vätern leichter zurückfordern zu können.

● Als flankierende Maßnahme zum Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens ist 1984 die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ errichtet worden. Bis heute konnte die Stiftung 1,3 Millionen werdenden Müttern mit insgesamt 2 Milliarden DM die Entscheidung für ihr Kind erleichtern.

● Wir haben ein neues Bewußtsein für den Anspruch von Eltern und Kindern auf mehr Rücksichtnahme und mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit geschaffen. Die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Kräfte haben diese Aufgabe inzwischen als Verpflichtung angenommen.

● Der Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“, den das Bundesfamilienministerium 1997 zum ersten Mal ausgelobt hat, dokumentiert, was in vielen Städten und Gemeinden bereits für Familien getan wird.

● Der Bundeswettbewerb „Der familienfreundliche Betrieb“ (1993 und 1996) hat eine Fülle von Anregungen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen geliefert.

● Mit dem „Meister-BAföG“ ist 1996 eine Förderungsleistung für berufliche Fachkräfte geschaffen worden, die sich auf die Prüfung zum Meister, Techniker oder vergleichbare Fortbildungsabschlüsse vorbereiten. Damit das berufliche Weiterkommen nicht zur Existenzfrage für die Familie wird, sieht das Gesetz BAföG-Leistungen nicht nur für den Antragsteller selber, sondern auch für dessen Ehegatten und Kinder vor.

● Die Neuregelung des Kindschaftsrechts stärkt die gemeinsame Verantwortung von Müttern und Vätern. Die Bereitschaft von immer mehr Vätern, im umfassenden Sin-

ne für ihre Kinder da zu sein, wird so durch das Familienrecht unterstützt. Der Möglichkeit gemeinsamer elterlicher Sorge auch nach Trennung und Scheidung tragen wir mit einer lebensnahen Regelung Rechnung. Darüber hinaus werden nichteheliche Kinder mit ehelichen rechtlich gleichgestellt.

● Familien suchen angemessen großen, aber bezahlbaren Wohnraum in einem kinderfreundlichen Umfeld. Die Bundesregierung hat ab 1996 die Förderung der Wohneigentumsbildung von Grund auf neu und familienfreundlich umgestaltet. Dazu zählt vor allem die Umwandlung des alten Baukindergeldes von 1.000 DM als Steuerabzugsbetrag in eine von der zu zahlenden Steuer unabhängige Kinderzulage von 1.500 DM sowie eine Eigenheimzulage in Höhe von 5.000 DM (acht Jahre lang). Dies bedeutet z. B. für eine Familie mit zwei Kindern einen Zuschuß von insgesamt 64.000 DM zum Bau eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung.

Weitere Schritte sind notwendig

Trotz der beträchtlichen Leistungen für die Familien, die wir gerade auch in Zeiten knapper Kassen konsequent ausgebaut haben, wissen wir, daß wir bei dem Erreichten nicht stehenbleiben können.

... vor Ort in den Ländern und Kommunen

Länder und Kommunen sind ebenso wie der Bund in der Familienpolitik gefordert. Familienförderung ist auch eine der wichtigsten Aufgaben der Landespolitik. Eltern und Kinder erleben Familienfreundlichkeit aber zunächst vor Ort. Diese zu gestalten ist vor allem Aufgabe der Kommunen.

● Das vom Bundesfamilienministerium vorgelegte „Handbuch zur örtlichen und regionalen Familienpolitik“ beschreibt, wie kommunale Politik für Familien ge-

staltet werden kann. Die darin enthaltenen Beispiele müssen in der Praxis von noch mehr Kommunen umgesetzt werden.

- Strukturelle Rücksichtslosigkeiten gegenüber Familien müssen in allen Lebensbereichen abgebaut werden. Familien dürfen uns nicht weniger wert sein als zum Beispiel unsere Umwelt. Deshalb entwickelt das Bundesfamilienministerium zusammen mit den Kommunen Konzepte für Familien- und Kinderfreundlichkeit (v.a. Familienverträglichkeitsprüfungen).

- Bei der Bereitstellung von Wohnungen müssen die Verantwortlichen vor Ort die Möglichkeiten des Wohnbaurechts voll ausschöpfen. Die Wohnstrukturen müssen sozial ausgewogen sein und das Zusammenleben der Generationen erleichtern.

- Kommunen sollten Bauland ausweisen und Kriterien aufstellen, die Familien – auch bei den Grundstückspreisen – besonders berücksichtigen.

- Für Familien ist wichtig, wie das Wohnumfeld gestaltet ist, ob dort insbesondere auf Belange von Kindern Rücksicht genommen wird. Deshalb ist es auch notwendig, daß Familien bei der Stadt- und Gemeindeentwicklungsplanung miteinbezogen werden.

- Der Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ wird in Zusammenarbeit mit Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden fortgesetzt.

- Entscheidend für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist vor allem ein bedarfsgerechtes Angebot zur Tagesbetreuung für Kinder. Allein der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz reicht nicht aus. Die Träger der Kindertagesstätten müssen als Dienstleister dazu übergehen, ihre Angebote, vor allem die Öffnungszeiten mit den Eltern so zu vereinbaren, daß sie sowohl den Erfordernissen der Erwerbsarbeit als auch den Bedürfnissen einer Ausbildung genügen. Für die unter

dreijährigen Kinder sowie für die Kinder im Grundschulalter muß darüber hinaus ein bedarfsgerechtes und verlässliches Angebot der Tagesbetreuung zur Verfügung stehen. Hier sind Lehrer, Elternvertretungen, Schul- und Kultusverwaltungen gemeinsam gefordert.

- Es gibt bereits überzeugende Beispiele, wie Kommunen ihre Gebühren familienfreundlich gestalten. Dies sollte Nachahmer finden.

- Wir appellieren an alle Länder, ein Landeserziehungsgeld für das dritte Erziehungsjahr einzuführen und die Leistungen an die des Bundes in den ersten beiden Erziehungsjahren anzupassen.

... und in der Politik des Bundes

Wir setzen unsere erfolgreiche Familienpolitik fort. Kürzungen bei familienpolitischen Leistungen bleiben tabu. Der Staat kann und will Eltern nicht die gesamten Ausgaben für ihre Kinder abnehmen. Aber er muß einen gerechten Ausgleich zugunsten von Familien erreichen, um ihre Leistungen für die Gesellschaft zu honorieren. Dabei ist klar, daß über Verbesserungen vor dem Hintergrund der konkreten Finanzspielräume zu entscheiden ist und eine Finanzierung durch Schulden ausschließt

- Bereits in der nächsten Legislaturperiode werden wir finanzielle Spielräume konsequent für Kindergelderhöhungen nutzen. Von Verbesserungen müssen auch Familien mit mehreren Kindern profitieren.

- Darüber hinaus wollen wir das Erziehungsgeld erhöhen, die Einkommensgrenzen anheben und das Antrags- und Bewilligungsverfahren vereinfachen. Dadurch erreichen wir vor allem, daß wieder mehr Familien mit mittleren Einkommen über den sechsten Lebensmonat des Kindes hinaus das Erziehungsgeld in der vollen Höhe erhalten.

- Den dreijährigen Erziehungsurlaub wollen wir in Erziehungsjahre umbenennen, damit nicht der Eindruck entsteht, Erziehung habe etwas mit Urlaub und Erholung zu tun. Gleichzeitig wollen wir uns noch stärker an den Bedürfnissen der jungen Familien orientieren. Viele Eltern wünschen sich z. B., daß sie am Beginn der Schulzeit noch einmal besonders intensiv für ihr Kind da sein können. Deshalb muß das Potential an Flexibilisierungsspielräumen in der Arbeitswelt weiter ausgeschöpft werden.
- Um die finanzielle Situation von Alleinerziehenden zu verbessern, wollen wir die maximale Dauer der Zahlung von Unterhaltsvorschuß ausweiten und die Altersgrenze der Kinder anheben.
- Die Anerkennung von Erziehungsleistung im Rahmen der Rentenversicherung muß in Richtung eines Drei-Generationen-Vertrages weiter verbessert werden.
- Das Leben von Kindern muß auch vor der Geburt geschützt werden. Die Mittel der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ werden wir bereits 1999 um 10 Millionen DM von derzeit 180 auf 190 Millionen DM anheben. Damit helfen wir werdenden Müttern und Familien in Konfliktsituationen, materielle Schwierigkeiten zu überwinden und eine Perspektive für ein Leben mit ihrem Kind zu entwickeln.
- Durch eine Familienkasse wollen wir die Leistungen für Familien einfacher gestalten und Familien den Zugang zu den einzelnen Leistungen erleichtern. Die Zusammenführung von Kindergeld, Erziehungsgeld und Unterhaltsvorschuß bei einer Familienkasse wollen wir modellhaft in Zusammenarbeit mit Bundesländern erproben. Familien sollen durch eine Behörde möglichst wohnortnah und bürgerfreundlich Auskunft erhalten, ihre Anträge stellen und die ihnen zustehenden Leistungen entgegennehmen können.
- Um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu erleichtern, müssen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und Arbeitsplatzstrukturen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft für Frauen und Männer ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Erprobung von Telearbeitsplätzen.
- Der Bundeswettbewerb „Der familienfreundliche Betrieb“ wird fortgesetzt.
- Zur Familie gehören Eltern, Kinder, Großeltern und zunehmend auch Urgroßeltern. Wir wollen verstärkt die Notwendigkeit einer Solidarität der Generationen ins Bewußtsein rücken und sie unterstützen, z. B. durch die Förderung des Mehrgenerationenwohnens. Weiter werden wir die unterschiedlichsten Foren und Konzepte nutzen, um den Dialog der Generationen zu unterstützen.
- Familien brauchen familiengerechte und bezahlbare Wohnungen. Deshalb müssen bei der Neugestaltung des Wohngeldes die Erfordernisse der jeweiligen Familien besonders berücksichtigt werden, die wegen der Kinderzahl oder wegen sozialer und materieller Probleme auf dem Wohnungsmarkt Schwierigkeiten haben. Das gilt insbesondere dann, wenn es wegen weiterer Kinder notwendig wird, eine neue Wohnung anzumieten.
- Trotz eines inzwischen breitgefächerten Angebots an Hilfen und Förderungsmaßnahmen für behinderte Kinder, bleibt deren Betreuung im Alltag weitgehend den Eltern allein überlassen. Insbesondere Eltern von schwerbehinderten Kindern sind mit der erforderlichen „Rund um die Uhr-Betreuung“ überlastet. Geprüft wird die Möglichkeit, diesen Eltern durch die Gründung lokaler Helferbörsen zeitweise Entlastung zu schaffen und mitmenschliche Solidarität erfahrbar zu machen.
- Wir werden auch zukünftig den Bau und die Bereitstellung von Familienferien-

Eine weitere Verkürzung der Dauer der Wehrpflicht ist nicht zu rechtfertigen

Zu den Äußerungen des Generalsekretärs der FDP, Guido Westerwelle, in der „Leipziger Volkszeitung“ erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Die Forderung von FDP-Generalsekretär Westerwelle nach weiterer Verkürzung der Wehrdienstdauer ist nicht zu rechtfertigen. Bereits heute ist die Wehrdienstdauer von 10 Monaten (inklusive Jahresurlaub) sehr knapp bemessen. Die kompakte Ausbildungskonzeption der Bundeswehr sieht während der Grundausbildung gezielte Wissensvermittlung in den Bereichen Politische Bildung, Rechtsstellung der Soldaten sowie in der Waffen- und Schießausbildung vor. Ziel ist es, den Soldaten das Handwerkszeug für ihren Dienst in den Streitkräften in Frie-

denszeiten zu vermitteln. Wesentliche Anteile zur Erreichung der vollen Einsatzbereitschaft sind bereits heute in die Phase nach einer Mobilmachung verlagert worden, um die Grundausbildung auf die politisch und militärisch unbedingt notwendige Dauer zu verkürzen. Eine weitere Verkürzung würde die Wehrpflicht zudem ungläubwürdig machen.

Westerwelle weicht von der bisherigen Beschlußlage der Koalition ab, die die Dauer des Grundwehrdienstes nach dem Grundsatz „So lange wie nötig, so kurz wie möglich!“ erst in dieser Legislaturperiode – mit den Stimmen der FDP – von 12 auf 10 Monate verkürzt hat. Die derzeitige sicherheitspolitische Lage, die gekennzeichnet ist von Instabilitäten und Risiken, rechtfertigt weiterhin eine Wehrdienstdauer von 10 Monaten.

stätten und von Müttergenesungsheimen fördern.

Vorfahrt für Familien

Die Bereitschaft vieler gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen, sich für Familien einzusetzen, muß ihren Niederschlag in gemeinsamem politischen Handeln finden. Dem dient insbesondere auch die 1997 eingerichtete Ständige Familienkonferenz, in der gesellschaftliche Gruppen zentrale Fragen der Familienpolitik aufgreifen und entsprechende Handlungsmöglichkeiten miteinander erarbeiten wollen. Wichtig ist insbesondere, in unserer Gesellschaft einen neuen Konsens über Erziehungsziele zu finden.

Politik für Familien muß Priorität haben. Bund, Länder und Kommunen können die familienpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland noch spürbar verbessern. Dies ist unverzichtbar, auch wenn für das familienfreundliche und menschliche Klima in unserem Land jeder Verantwortung trägt, sei es als Arbeitgeber, Städteplaner, Vermieter oder Nachbar.

Gerade in einer Zeit, in der sich die Welt in einer atemberaubenden Geschwindigkeit verändert, ist die Familie als Fundament einer freiheitlichen, humanen Gesellschaft unverzichtbar. Nirgendwo ist der Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung besser erkennbar, nirgendwo sind Bindung und Orientierung erfahrungreicher als in der Familie. ■

Rote Laterne für Schröder und Clement!

Zur Vorstellung der Neuauflage der Broschüre „Wirtschaftspolitischer Vergleich der vier größten deutschen Bundesländer“ erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen, Hartmut Schauerte:

Anspruch und Wirklichkeit klaffen in der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik häufig weit auseinander. Dies demonstriert die wirtschaftspolitische Bilanz in den Ländern, in denen die Sozialdemokraten Regierungsverantwortung tragen. Der Vergleich der vier größten deutschen Bundesländer zeigt: Wirtschaftspolitisch geht die rote Laterne eindeutig an Schröder und Clement!

Beispiel Wirtschaftskraft: Clements Wachstumsdifferenz in Nordrhein-Westfalen zum Durchschnitt der alten Bundesländer betrug 1997 23%. Das Schlußlicht bildete Niedersachsen mit Schröder bei einem Rückstand zum Durchschnitt der alten Bundesländer von rund 31%. Im Vergleich zu Bayern liegt Nordrhein-Westfalen mit 37% und Niedersachsen sogar mit 44% zurück.

Das bleibt nicht ohne Einfluß auf die Einkommen der Bürger. So ist ein Ergebnis der Schröderschen Wirtschaftspolitik ein um 10.700 DM niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen in Niedersachsen als in Bayern.

Beispiel Selbständigenquote: Als Folge einer verfehlten Mittelstandspolitik fehlen allein in NRW 170.000 selbständige Existenzen. Dies bedeutet nicht zuletzt auch 500.000 bis 700.000 fehlende Arbeitsplätze! Zum Vergleich: In Baden-Württemberg ist der Selbständigenanteil um rund 25% und in Bayern um 47% höher als in



NRW. Das ist nichts anderes als eine Bankrotterklärung der Clementschen Wirtschafts- und Mittelstandspolitik. Hier rächt sich, daß der mittelständischen Wirtschaft in NRW allein 1998 200 Mio. DM entzogen werden.

Beispiel Arbeits- und Ausbildungsplätze: Das geringe Wirtschaftswachstum in NRW hat naturgemäß Auswirkungen auf den Umfang des Rückgangs der Arbeitslosigkeit. Folglich ist die Arbeitslosigkeit in NRW und Niedersachsen im Juni 1998 nur um 3,1 bzw. 4,4% zurückgegangen, während in Bayern und Baden-Württemberg ein Abbau von 7,3 bzw. 10,0% zu verzeichnen war. Die Arbeitslosenquote ist in Niedersachsen derzeit um 65% höher als in Bayern.

Ähnlich schlecht schneiden NRW und Niedersachsen im Bereich der Ausbildungsplätze ab. Bayern und Baden-Württemberg können einen Ausbildungsplatzüberschuß von 13 bzw. 8 Ausbildungsplätzen

Clement – mehr Schein als Sein

„Bei Clement trifft zu, was der Volksmund weiß: Mehr Schein als Sein. Seine Bilanz sieht mager aus. Die Fakten sprechen gegen Clement und seine Politik“, erklärte am 7. August der Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Norbert Blüm.

● „In Nordrhein-Westfalen liegt die Arbeitslosenquote mit 10,5 % deutlich über dem Schnitt der alten Bundesländer mit 9,1 %. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Arbeitslosen langsamer ab als im Bund. Im Vergleich zum Juli 1997 hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen um 4,8 Prozent verringert, während sie im Durchschnitt in dem westlichen Bundesländern um 5,7 % zurückging.

● Von der notwendigen Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen ist lediglich die Zusammenlegung einiger weniger Ministerien übriggeblieben.

Das ist nicht mehr als ein Reform-Placebo. Eine wirkliche Verwaltungsreform muß bei einer Verringerung der Verwaltungsebenen ansetzen. Darüber hinaus hat die Zusammenlegung des Justiz- mit dem Innenministerium schlimme verfassungspolitische Folgen, denn es widerspricht unserer demokratischen Tradition, die Aufgaben von Polizei und Justiz unter einem Dach zusammenzulegen.

● Ein „Coup“ besonderer Art und Weise ist die Tatsache, daß Clement Schulministerin Behler zusätzlich die Verantwortung für die Hochschulpolitik übertragen hat. Da redet Clement landauf, landab von besserer Bildung und stärkt gleichzeitig die Ministerin in Nordrhein-Westfalen, die für die Bildungsmisere in unserem Land die Hauptschuld trägt. Das ist, als ob man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wolle.

zen pro 100.000 Einwohner melden. Demgegenüber fehlen in NRW pro 100.000 Einwohner 17 und in Niedersachsen sogar 35 Lehrstellen.

Beispiel Forschungspolitik: Der Erfolg landespolitischer Forschungspolitik wird unter anderem daran deutlich, daß die Zahl der Patentanmeldungen in Bayern um 75 % und in Baden-Württemberg um 85 % höher ist als in NRW. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man weiß, daß Bayern und Baden-Württemberg 25 % mehr Mittel für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stellen als NRW.

Beispiel Export: Weiterhin rächt sich die falsche Wirtschaftspolitik auch beim Export. Mit 16,16 % wuchs der Export in NRW in den letzten sechs Jahren nur halb

so schnell wie in Bayern mit über 31 %. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt deshalb so gefährlich, weil in Deutschland fast jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt.

Beispiel Haushalt: Die Steuereinnahmen pro Kopf lagen 1996 erstmals hinter Bayern und Baden-Württemberg. Daneben verläuft die Entwicklung der Schulden, Zinsausgaben und der Kreditfinanzierung eindeutig negativ. Wenn NRW die gleiche Zinsausgabenquote wie Bayern zu verzeichnen hätte, dann wären 1997 über 6,2 Mrd. DM Zinsen eingespart worden!

Diese Fakten lassen nur eine Schlußfolgerung zu: Die rote Laterne für die schlechteste Wirtschaftspolitik unter den vier größten Bundesländern geht eindeutig an Schröder und Clement! ■

Kontroverse Forderungen der SPD

zur Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze

Die Äußerungen der SPD zur Finanzierungsreform der GKV durch Einbeziehung weiterer Einkommensarten und Personenkreise lassen alle Möglichkeiten offen und geben keine klare Auskunft.

● Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit, Gesundheit und Soziales der SPD-regierten Länder und der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion fordern in einem Beschlußpapier „Perspektiven sozialdemokratischer GKV-Politik nach Inkrafttreten des Ersten und Zweiten GKV-Neuordnungsgesetzes“ (Stand: 19. März 1998) u. a.:

„Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze und Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung.“ (Quelle: DfG vom 26. 3. 1998)

● Im Falblatt der SPD-Bundestagsfraktion vom März 1998 zu „Das Programm der SPD zur Reform der Krankenversicherung“ heißt es u. a.:

„Die Beitragsbemessungs- und die Versicherungspflichtgrenze müssen deshalb erhöht werden.“

● Der SPD-Bundesgeschäftsführer Mütetefering erklärte auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der Privaten Krankenkassen am 10./11. Juni 1998 in Würzburg, daß:

„diese Gedanken nicht jetzt und auch nicht in der nächsten Legislaturperiode im Programm der SPD sind“.

(Quelle: DfG 24/98).

● Klaus Kirschner, Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

on dagegen erklärt im Namen von Gerhard Schröder am 3. Juni 1998:

„In der Krankenversicherung halte ich eine Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze und Beitragsbemessungsgrenze für eine Möglichkeit.“

(Quelle: DfG 30/98)

● Oskar Lafontaine läßt durch seinen Referenten im Büro des Vorsitzenden, Ulrich Agthe erklären:

„Die Forderung nach Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der GKV ist nicht vorgesehen.“ (Von der Versicherungspflichtgrenze wird nicht gesprochen.)

(Quelle: DfG 30/98)

Die CDU ist der Meinung:

Die Gesetzliche Krankenversicherung ist sozial und solidarisch finanziert, das soll sie auch bleiben. Man darf jedoch die Solidarität nicht zu sehr strapazieren und gerade die Leistungsträger der Gesellschaft erneut unangemessen belasten. Bei einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung kämen Höchstbeiträge von über 1.100 DM für die Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung heraus.

Für die gleiche Leistung eine fast grenzenlose Beitragspflicht – das ist nicht zumutbar und überfordert die Bereitschaft zur Solidarität.

Darüber hinaus würde eine weitere Belastung der Arbeitgeber zu weiteren Erhöhungen der Lohnnebenkosten führen mit negativen Folgen für den Arbeitsmarkt.

SPD-Kanzlerkandidat bleibt auch in der Wohnungspolitik farblos

Zu den wohnungspolitischen Einlassungen des SPD-Kanzlerkandidaten Schröder in der jüngsten Ausgabe der Mieterzeitung erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Äußerungen des SPD-Kanzlerkandidaten zur Wohnungsbau- und Mietenpolitik haben bekanntlich einen so großen Seltenheitswert, daß sich die Grünen inzwischen schon hinter vorgehaltener Hand beunruhigt über eine wahrscheinliche Geringschätzung dieses Politikfeldes durch Gerhard Schröder zeigen.

Was der niedersächsische Ministerpräsident jetzt auf die Fragen des Mieterbundes nach den Perspektiven seiner Wohnungspolitik in der nächsten Legislaturperiode antwortete, entlarvt einmal mehr den Riesen-Spagat Schröders zwischen seinem Wirken in Hannover und seinen Versprechungen für Bonn.

● Nach bekannter Manier hält Schröder der Bundesregierung ein „drastisches“ Zurückfahren der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau vor, verschweigt aber, daß die Länder, mit Niedersachsen an der Spitze, nach Beseitigung der Wohnungsnot dieselbe Politik betrieben haben. So bauten die Länder gegenüber 1993 ihre Fördermittel bis heute um 10,2 Mrd. DM ab, der Bund in demselben Zeitraum um 2,6 Mrd. DM.

● Auch der direkte Vergleich Hannover – Bonn offenbart die Schrödersche Scheinheiligkeit: Niedersachsen hat in den letzten 5 Jahren seine Fördermittel (Verpflichtungsrahmen) um 81% zurückgefahren – im Vergleich dazu der Bund: 66%.

● „Wir wollen diesen Trend stoppen“, verspricht Schröder den Mietern – und baut in Hannover die Fördermittel noch

im Haushalt für das laufende Jahr um ein Drittel weiter ab.

Im übrigen, was gilt nun, Herr Schröder: Das Versprechen im SPD-Regierungsprogramm „Wir werden den Neubau von Sozialwohnungen verstärken“ oder Ihre Ankündigung in der Mieterzeitung, den Fördermittel-Rückgang allenfalls zu „stoppen“?

Daß Schröder es mit den Fakten nicht so genau nimmt, bestätigt einmal mehr seine Behauptung, die SPD habe sich dafür eingesetzt, die bis zum 1. September befristete niedrigere Miet-Kappungsgrenze für Altbauwohnungen „dauerhaft zu erhalten“. In Wahrheit hatten dies die Grünen in ihrem Gesetzentwurf (Drucksache 13/9961) vorgeschlagen, die SPD (Drucksache 13/9692) wollte eine Verlängerung um zwei Jahre. Und so ein „wichtiger Vorschlag“ (Schröder) wird es vielleicht doch nicht gewesen sein, wenn die SPD nicht einmal für eine Schlußberatung im Bundestag rechtzeitig vor dem Auslaufen der Regelung sorgte.

Helmut Kohl zu Schröders Schattenkabinett:

„Die SPD-Mannschaft galt als der große Schlager. Zunächst sollte sie viel jünger sein als die amtierenden Minister. Jeder sieht, daß dies nicht der Fall ist. Sie sollte besser sein. Die Umfragen zeigen jedoch inzwischen deutlich, daß die gesamte Mannschaft weit gegen die Amtsinhaber abfällt.“

Siehe Seite 13

Schröder fehlt die Zuverlässigkeit

Zu den lobenden Äußerungen Gerhard Schröders über die deutsche Außenpolitik erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Auch Herr Schröder muß anerkennen, daß die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl eine außerordentlich erfolgreiche Außenpolitik betreibt. Sonst hätte er in Amerika nicht versichert, daß er die Außenpolitik der Bundesregierung fortsetzen möchte.

Herr Schröder irrt

aber, wenn er meint, ihn unterscheide in der Außenpolitik nichts wesentliches von Bundeskanzler Helmut Kohl. Herr Schröder übersieht, daß

der Bundeskanzler ihm auch hier mindestens vier Dinge voraushat: Kohl ist erfahren und anerkannt, Kohl ist zuverlässig und Kohl hat in der Koalition Rückhalt für die erfolgreiche Außenpolitik der Bundesregierung.

Deutschland braucht Weltklasse

Ein paar wohlgesetzte Worte bei Besuchen im Ausland sind nicht gut genug. Außenpolitische Unzuverlässigkeit, wie bei Schröders Umgang mit dem weißrussischen Diktator Lukaschenko trotz entgegenstehender EU-Absprachen, und Abhängigkeit von grüner Ideologie kann sich Deutschland nicht leisten.

Buchtip

Günter Rinsche und Ingo Friedrich (Hg): Weichenstellung für das 21. Jahrhundert

Erfordernisse und Perspektiven für die europäische Integration

Die Europäische Union steht an der Schwelle zum 21. Jahrhundert vor der größten Herausforderung in ihrer nunmehr über 40jährigen Geschichte.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Strukturen in den Ländern Osteuropas, die Globalisierung der Märkte und die rasante Entwicklung in den Schwellenländern sind nur einige Beispiele dafür, welche Veränderungen es im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhun-

derts gegeben hat. Damit die geplante Erweiterung der Europäischen Union nach Osten realisiert werden kann, müssen bei den internen Themen – wie z.B. Einführung des EURO, Reformen der Finanzstruktur und der Institutionen – die gesteckten Ziele rechtzeitig erreicht werden. Der Band zeigt, in welcher vielfältigen Weise deutsche Europapolitiker von CDU und CSU an der Gestaltung des Hauses Europa mitwirken, und gibt Auskunft darüber, welche Erfordernisse und Perspektiven für die Europäische Union des 21. Jahrhunderts gesehen werden.

**Böhlau Verlag,
Köln, 1998**

**502 Seiten, 58 DM
ISBN 3-412-14297-2**

Argumente

Kulturpolitik für das 21. Jahrhundert

Kulturpolitik ist Wahlkampfthema geworden – zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik“, - stellt Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, angesichts der ausführlichen Stellungnahmen fest, mit denen die im Bundestag vertretenen Parteien auf die Fragen des Deutschen Kulturrats „diesmal“ – nach den ersten „Wahlprüfsteinen“ vor vier Jahren – geantwortet haben.

Mit „hervorragenden Kenntnissen der deutschen Kulturlandschaft“ und einer „exzellenten Beantwortung“ sticht – so Olaf Zimmermann – „ganz besonders die CDU hervor“.

Grund genug, um Kulturpolitik auch im Wahlkampf und in der Argumentation für die CDU in den Vordergrund zu stellen.

„Es ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben“, so heißt es in den Vorbemerkungen der Stellungnahme der CDU zu einer „Kulturpolitik für das 21. Jahrhundert“, „daß Ansehen und Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der Welt nicht allein durch politisches Gewicht und Wirtschaftskraft geprägt werden, sondern auch durch Kunst und Kultur“.

Und: „Kulturpolitische Zielsetzungen lassen sich nicht getrennt von anderen Politikbereichen betrachten“, wie es in dem am 19. Mai auf dem Bremer Parteitag verabschiedeten **Zukunftsprogramm** der CDU heißt.

Damit Sie über die wichtigsten Punkte der Stellungnahme der CDU verfügen können, im folgenden in knapper Form die Antworten auf die Fragen des Kulturrats:

- **Kulturförderung:** Die CDU will den umfangreichen Katalog zu fördernder Einrichtungen und Projekte von „A“ wie Akademie Villa Massimo in Rom bis „Z“ wie Zoologisches Forschungsinstitut und Museum Alexander Koenig in Bonn auch in Zukunft erhalten und ausbauen.
- **Bundeskultusminister:** Die Einrichtung eines solchen Ressorts ist nicht vorgesehen. Im Bundesministerium des Inneren und – zur Koordinierung von Aufgaben – im Bundeskanzleramt wird auch weiterhin die Hauptverantwortlichkeit für die kulturpolitischen Kompetenzen des Bundes im Inland liegen.
- **Kulturausschuß:** Die CDU befürwortet die Einrichtung eines Parlamentsausschusses für Kulturpolitik in der nächsten Legislaturperiode.
- **Kulturförderung:** Das Prinzip der Selbstverantwortung durch Künstlerinnen und Künstler bei der Verwaltung der Förderungs-Fonds in den Bereichen bildende Kunst, Literatur, Musik, darstellende Kunst und Soziokultur hat sich bewährt. Die Förderung von Übersetzern und Übersetzungen sollte nicht von der Literaturförderung getrennt werden.
- **Denkmalschutz:** Die Mittel dafür sind von 1996 bis 1998 von 20 Mio. auf 46

Mio. DM mehr als verdoppelt worden. Im Entwurf des Bundeshaushalts 1999 ist eine weitere Erhöhung vorgesehen.

● **Gleichberechtigung:** Um die Chancen von Frauen im Kulturbereich zu verbessern, strebt die CDU an, daß in Jurys, Auswahlgremien, Kultureinrichtungen, Verbandsgremien u. a. Frauen gleichberechtigt berücksichtigt werden. Für die Besetzung von Gremien im Einflußbereich des Bundes hat das Zweite Gleichberechtigungsgesetz von 1994 die rechtliche Grundlage geschaffen.

● **EU-Kulturprogramme:** Die CDU ist für die Beteiligung kultureller Dachverbände an der Erarbeitung der Position der Bundesregierung und hat sich dafür eingesetzt, daß sich deren Vertreter „jederzeit“ mit Anfragen und Vorschlägen an die Europäische Kommission und an das Europäische Parlament wenden können.

● **Schutz des deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung:** Deutschland hat gute Erfahrungen mit der Eintragung von Kulturgütern in das Verzeichnis national wertvoller Kulturgüter („Enumerationsprinzip“) gemacht. Eine rückwirkende Unterschutzstellung von Kulturgütern, die sich nicht mehr auf deutschem Staatsgebiet befinden, ist nicht vorgesehen.

● **Buchpreisbindung:** Die CDU will – auch im grenzüberschreitenden Handel – feste Ladenpreise für Bücher. Sie begünstigen Bücher mit geringer Auflage und kleine Verlage. Die an die Buchpreisbindung gekoppelte Preisbindung für Presseerzeugnisse sichert die Preisvielfalt.

● **Soziale Lage von Kultur- und Medienschaffenden:** In der nächsten

Wahlperiode soll geprüft werden, ob eine neue Künstler-Enquête nach der von 1975 neue Erkenntnisse bringen könnten.

● **Beschäftigung ausländischer Künstler:** Die CDU sieht keine Veranlassung, die bestehende Rechtslage zum Arbeiterlaubnisrecht für Künstler materiell zu ändern. d. h. vor allem zum Nachteil inländischer Künstler auf die Arbeitsmarktprüfung bei längerfristigen Engagements zu verzichten.

● **Steuerpolitik:** Die CDU sieht ihre steuerpolitische Leitlinie „Niedrigere Steuersätze bei wenigen Ausnahmen“ auf der Grundlage der Petersberger Beschlüsse auch im Bereich Kunst und Kultur als alternativlosen Weg zu einem gerechteren Steuerrecht.

● **Urheberrecht:** Für die nächste Legislaturperiode plant die CDU die Anpassung des deutschen Urheberrechts an die Anforderungen des Informationszeitalters, mit dem insbesondere interaktive Formen des Online-Abrufs geschützter Werke, Darbietungen und Tonträger erfaßt werden sollen.

● **Ausstattungsvergütung:** Hier gilt es, die negativen Auswirkungen einer solchen Vergütung auf die Chancen jüngerer, noch unbekannter Künstler und auf privates Engagement zu verhindern.

● **Kulturelle Aus- und Weiterbildung:** Ziel der CDU ist es, zu verhindern, daß die Wissensgesellschaft zu einer Zweiklassen-Gesellschaft mit einer „Online-Oberklasse“ aus Netzwerkbeherrschern und einer „Offline-Unterklasse“ von Computerbeherrschten wird. Die kulturelle Jugendbildung soll auch weiterhin ein Förderschwerpunkt des Kinder- und Jugendplans des Bundes sein.

**Den vollen Wortlauf der Stellungnahme
der CDU zu den Fragen des Deutschen Kulturrats finden
Sie im Internet und im KandiNet.**

AUSSIEDLER

Schröder:

„Materielle Privilegien für Aussiedler aus der UdSSR sind nicht gerechtfertigt.“

(Süddeutsche Zeitung vom 21. 10. 1989)

Schröders Problem

Für Schröder sind die Aussiedler und nicht die Asylbewerber „zahlenmäßig das größte Problem: Fünf Millionen sitzen auf gepackten Koffern“.

(Bild am Sonntag vom 11. 8. 1991)

Die SPD will:

Aberkennung des gemeinschaftlichen Kriegsfolgeschicksals von Rußlanddeutschen (Antrag der SPD-regierten Bundesländer 1997). Von der Regierung Helmut Kohl abgelehnt.

Die SPD will:

Eine Ausschußfrist für Aussiedlungsanträge und Einreise nach Deutschland (Antrag von Niedersachsen im Bundesrat 1993). Von der Union verhindert.

Die SPD will

die Gelder zur Pflege der deutschen Kultur im Osten kürzen. Niedersachsen hat seit 1994 auf diesem Gebiet schon ein Viertel der Finanzmittel gestrichen.

CDU dagegen:

Wir stehen zu unserer historischen Verpflichtung, den Rußlanddeutschen nach vielen Jahrzehnten der Verfolgung und der Benachteiligung die Ausreise nach Deutschland zu ermöglichen.

CDU dagegen:

Die Sprachoffensive der Bundesregierung hilft den Aussiedlern bei der Erfüllung der Aufnahmevoraussetzungen und erleichtert ihre Integration in Deutschland.

Die CDU dagegen:

Verzehnfachung der Mittel für die Pflege der deutschen Kultur im Osten seit 1982 auf jetzt über 43 Millionen Mark pro Jahr.

Wir sind an Ihrer Seite

CDU

Zehn Jahre Senioren-Union 1988–1998

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der jüngsten CDU-Vereinigung hat die Senioren-Union eine Festschrift herausgebracht.

Die kurze Chronik läßt zehn Jahre Senioren-Union Revue passieren, vom Essener CDU-Parteitag 1985 bis zur 7. Bundesdelegiertenversammlung im Juli 1998 in Erfurt. Die Keimzelle der Senioren-Vereinigung ist Baden-Württemberg, ihren Anfang nahm die Senioren-Union dort schon 1979 als Landesvereinigung. Unvergessen ist der Gründungsvorsitzende, der langjährige Landtagsabgeordnete Alfred Löffler. Der ehemalige Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit, Bernhard Worms, übernahm 1990 den Vorsitz von Gerhard Braun. Worms wurde auf dem Deutschlandtag der Senioren-Union im Juli 1998 mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Die Festschrift kann in Einzelexemplaren kostenlos unter der Rufnummer

Mit

arbeiten
entscheiden
verantworten

Zehn Jahre Senioren-Union
1988 bis 1998



02 28/544-360/5 oder Fax: 544-367
(Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union) bestellt werden.

Wahlkampf-Veranstaltungen der Senioren-Union

● **Mittwoch, 9. September:**
Eltzer Hof, Mainz-Zentrum, 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr, mit Christoph Böhr, Roswitha Verhülsdonk und Bernhard Worms

● **Donnerstag, 10. September:**
Kursaal, Stuttgart-Bad Cannstatt, 10.30 Uhr bis 16.30 Uhr, mit Ministerpräsident Erwin Teufel, Erika Reinhardt und Bernhard Worms

50 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Adenauer-Kalender erschienen

Unter den vielen Kalendern, die zu herausragenden Persönlichkeiten unseres Jahrhunderts erschienen sind, ist einer, den es in dieser Form noch nicht gegeben hat. Er hat den Titel „Adenauer – Der Staatsmann“. Produziert wurde er von Joachim Kegel und Jörg Gottschalk in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef (Rhöndorf). Er zeigt zahlreiche Fotos des ersten Bundeskanzlers (1949–1963) zusammen mit anderen Größen seiner Zeit: Papst Pius XII. gehören ebenso dazu wie Königin Elisabeth von England, der japanische Kaiser Hirohito, John F. Kennedy, Winston Churchill, Charles de Gaulle und Nikita Chruschtschow.



KONRAD ADENAUER

DER STAATSMANN

Kalender 1999

„Ein Geschichtsbuch, das man an die Wand hängen kann“ nennen die Herausgeber den Monatskalender.

In den Begegnungen Adenauers mit in- und ausländischen Persönlichkeiten, die heute zu einem Stück Zeitgeschichte geworden sind, spiegelt sich nicht zuletzt der Wertschätzung für einen Mann, dem es gelang, ein Stückweit Vertrauen für die noch junge Bundesrepublik Deutschland zurückzugewinnen.

Der Kalender ist DIN A3, besteht aus 37 Schwarz-Weiß-Fotos, hochwertigem Kunstdruckpapier und ist zum Preis von 25 DM in der Buchhandlung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf (Tel.: 02224/921-120, Fax 02224/921-111) und in zahlreichen anderen Buchhandlungen erhältlich. ■



Briefwahl

denn jede Stimme zählt!

CDU

● **Briefwahlprospekt**

Bestell-Nr.: 2439

Verpackungseinheit: 500 Expl.

Preis je 500 Expl.: 50,— DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 14 65

59306 Ennigerloh

Fax (0 25 24) 91 13 10

E-Mail: georg.simon @bertelsmann.de

*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.

Blühende Landschaften wählen! **CDU**



Sonderheide von Hildesheim



Lindiger Stadthof



Marktplatz Witten



Sonnenpark

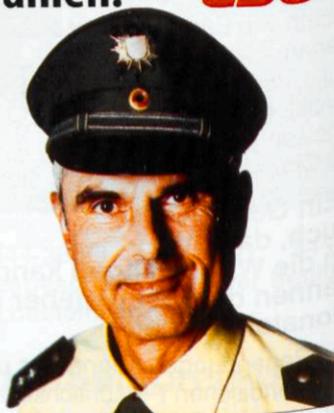


● **Blühende Landschaften wählen!**

DIN A1, Bestell-Nr.: 7491

DIN A0, Bestell-Nr.: 7492

Sicherheit wählen! **CDU**



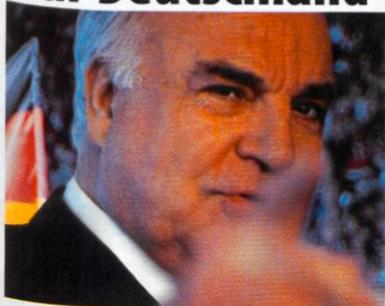
● **Sicherheit wählen!**

DIN A1, Bestell-Nr.: 7493

DIN A0, Bestell-Nr.: 7494

Verpackungseinheit: jeweils 100 Expl.

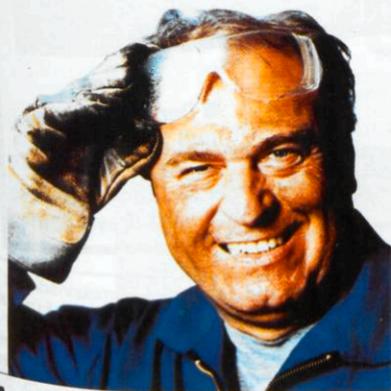
Weltklasse für Deutschland



CDU

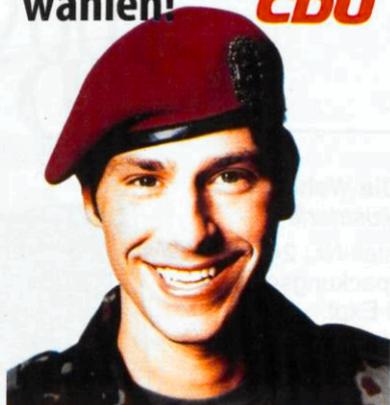
- Weltklasse für Deutschland
DIN A1, Bestell-Nr.: 7451
DIN A0, Bestell-Nr.: 7452

Aufschwung wählen! **CDU**



- Aufschwung wählen!
DIN A1, Bestell-Nr.: 7489
DIN A0, Bestell-Nr.: 7490

Frieden wählen! **CDU**



- Frieden wählen!
DIN A1, Bestell-Nr.: 7455
DIN A0, Bestell-Nr.: 7456

Familie wählen! **CDU**



- Familie wählen!
DIN A1, Bestell-Nr.: 7453
DIN A0, Bestell-Nr.: 7454

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● Die Wahl
Illustrierte

Bestell-Nr.: 2438
Verpackungseinheit:
250 Expl.
Preis je 250 Expl.:
30,- DM

ANZEIGE
WAHL-INFORMATION DER CDU

DIE WAHL ILLUSTRIERTE



Weltklasse
für Deutschland

Wachstum bis zu 3,0 %
Export + 15,9 %
Investitionen + 10,7 %
Preise stabil + 0,9 %
Offene Stellen über 1 Mio.
Arbeitslosigkeit - 744 000

- Gewalt muß bekämpft werden!
- Die Steuern müssen runter!
- Der Aufschwung muß weitergehen!
- Der Euro muß stark werden!

UiD

26/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den In-
halt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag:
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Pro-
fittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.